

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 40. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 2 2005

Bundesrat will via Bilaterale in die EU

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15
27. Februar 2005
AG: Liste 8 unverändert



Rudolf Keller,
SD-Zentralprä-
sident, Landrat,
e. Nationalrat,
Frenkendorf/BL

Die bundesrätliche EU-Manipulationsmaschine läuft auf Hochtouren. Und wie es so ist, dann und wann unterläuft jedem ein Fehler. Vor Jahren hat sich Adolf Ogi verplappert. Wir erinnern uns noch gut daran: Die Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sei das Trainingslager für den EU-Beitritt, erklärte «der liebe Dölf» dem stauenden Volk. Dabei hätte er «seinem Volk» gar nichts von diesem Vorhaben erzählen dürfen, denn das gehörte zur **bundesrätlichen Geheimstrategie.** In der Folge verlor der Bundesrat dann am 6. Dezember 1992 diese wichtige europapolitische Abstimmung. Und wie das halt so ist, diesmal «verschnäpfte» sich ein anderer, der «liebe Seppi Deiss». So geschehen Ende Januar 2005! **Aber eigentlich wissen wir jetzt nur «amtlich bestätigt», was wir schon lange wussten:** Der

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

Bundesrat will «mit seinem Land» der Europäischen Union rasch als Vollmitglied beitreten. Nun hat es also Josef Deiss erwischt. Er hat – sage und schreibe – die Wahrheit gesagt. **Im Jahr 2006 will der Bundesrat einen Bericht über einen möglichen Beitritt der Schweiz zur EU publizieren. Und dies wird dann wohl die Grundlage sein, um den effektiven Beitritt in die Wege zu leiten.** Das bundesrätliche EU-Beitritts-gesuch ist ja schon lange in Brüssel deponiert. Und der Bundesrat weigert sich immer wieder standhaft, es endlich zurückzuziehen. Freimütig hat Josef Deiss erklärt, dass er die Aufregung um seine Aussage nicht verstehe. Er habe ja nur gesagt, was der Bundesrat schon lange bekannt gegeben und vorhabe. Nun gut, unser Volk wird diese Offenheit zu schätzen wissen. Selten genug dürfen wir als einfaches Volk mal an einem Staatsgeheimnis teilhaben... **Das bundesrätliche Ziel heisst also: Via bilaterale Verträge in die EU!**

Bilaterales Eintrittsgeld

Und eine enorm hohe Vorleistung will man uns auch noch abknöpfen. Nämlich – **eine Milliarde Franken soll unser Land in den sogenannten Kohäsionsfonds der EU zahlen.** Mit diesen Geldern wollen die ihre weniger bemittelten Staaten innerhalb ihres EU-Klubs unterstützen. Schon alleine die Existenz dieses Fonds beweist die Tatsache, dass es sehr arme EU-Länder gibt. Diese Länder können weiten Teilen ihrer Bevölkerung nicht das bieten, was ihre Menschen gerne wollten. Für die ist unsere Schweiz deshalb so etwas wie das Paradies. Angesiedelt sind diese Länder eher im Süden und vor allem im Osten unseres Kontinents. Diese Ost-EU-Länder haben

Rückruf Unterschriftenbogen

Nach einem fulminanten Start sind nun die Sammelaktivitäten gegen die Ost-Personenfreizügigkeit etwas eingeschlafen. Jedenfalls sind die Unterschriften nach Halbzeit der Referendumsfrist noch längst nicht beisammen. Deshalb legen wir dieser Ausgabe nochmals einen Doppel-Unterschriftenbogen gegen die Ost-Personenfreizügigkeit und gegen den Schengen-Beitritt bei. Wir bitten Sie, in Ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis nochmals einige Unterschriften zu sammeln und diese raschmöglichst zurückzuschicken.

Allein im vergangenen Monat haben 110 heimatbewusste Schweizer neu unsere Parteizeitung abonniert. Dies ist ein neuer Monatsrekord. Trotzdem müssen wir darauf hinweisen, dass unsere Parteizeitung längerfristig nur überleben kann, wenn wir deutlich mehr Zeitungsabonnenten hinzu gewinnen. Sie sind deshalb aufgerufen, die Ihnen Anfang Jahr zugestellte Abonnementsrechnung termingerecht zu begleichen. Für Ihre ideelle und finanzielle Unterstützung danken wir ganz herzlich.

Zentralsekretär **Bernhard Hess**, Nationalrat, Chefredaktor, Bern

nicht den westlichen Standard, wie wir ihn haben. **Deshalb wollen die EU-Führer ihnen erstens finanziell unter die Arme greifen und zweitens muss man natürlich den freien Personenverkehr mit diesen Ländern anstreben.** Und unser willfähriger Bundesrat hat bekanntlich mit der EU «verhandelt» (so nennen sie das jedenfalls!) und herausgekommen ist die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen Ost-EU-Mitgliedsstaaten. Für uns ist es klar, was das bedeutet: **Man gefährdet mit dieser Politik unsere eigenen Arbeitsplätze, weil wir damit rechnen müssen, dass unser Arbeitsmarkt mit noch mehr Einwanderern aus diesen Ländern überflutet wird. Diese Entwicklung ist laut dem Bundesamt für Statistik bereits angelaufen:**

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 Die Kolumne
- 6 Holocaust-Industrie
- 7 Was haben wir für ein Planungsrecht?
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Der Leser hat das Wort

Abometer

120

neue Abonnenten seit 01. 01. 2005

Stand: 07. 02. 2005

Ziel: **1000 neue Abos**
im 2005

Bundesrat will via Bilaterale...

Fortsetzung von Seite 1

Aufgrund des freien Personenverkehrs mit den «alten» EU-Ländern gab es 2004 sage und schreibe 3,8% mehr Arbeitskräfte aus den nördlichen und westlichen EU-Ländern, die auf unseren Arbeitsmarkt drängten. Die Zahl der deutschen Erwerbstätigen ist sogar – für alle offensichtlich – um 7,9% angestiegen. Und es kommen immer mehr! Es ist zu erwarten, dass mit der Ausweitung des freien Personenverkehrs auf die neuen Ost-EU-Staaten alle Schutzdämme brechen würden!

Als nationale Opposition dürfen wir aber diesem Schreckensszenario nicht tatenlos zuschauen! Wir sind gefordert, dagegen zu kämpfen, und das passt unseren Bundesräten ganz und gar nicht in den Kram. Sie beleidigen und übergiesen uns mit Schimpfworten. Aber wir werdens «überleben», weil wir diese Abstimmung gewinnen!

Hinterhältige Taktiken werden angewandt

Mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln versucht man, uns den Kampf zu erschweren. Das begann schon im Parlament, wo man den Schengen-Beitritt von der Ost-Personenfreizügigkeit abkoppelte und daraus zwei separate Vorlagen machte. Und selbstverständlich hat man in den Eidgenössischen Räten dafür gesorgt, dass es nicht zwei obligatorische Referenden (ohne Unterschriftensammlungen vors Volk) gab. Wir waren also genötigt, zwei Unterschriftensammlungen zu organisieren und durchzuführen. **Die beiden Komitees sind wacker am Sammeln – weiter so, wenn wir alle bis zum letzten Sammeltag Unterschriften zusammentragen, werden wir es schaffen!** Dann folgte das fiese Manöver, als der Beginn der Sammelfrist 5 Tage nach dem Parlamentsbeschluss – mitten in der Weihnachtszeit – angesetzt wurde. Das hats in unserem Lande noch nie gegeben! Uns ging deswegen eine Woche Sammelfrist verloren. Aber das haben diese feinen bundesrätlichen und anderen Damen und Herren Drahtzieher bewusst so eingefädelt und kalkuliert. Und oben drauf erklärte dann der Bundesrat, **dass die beiden Volksabstimmungen getrennt stattfinden würden. Schengen im Juni und die Personenfreizügigkeit im September. Sie erhoffen sich so bessere Möglichkeiten, mit ihren schätzungsweise 50 Millionen Werbefranken beide Referenden zu killen, respektive das Volk zu kaufen.** Und bezahlt wird das

ganze von der «Economie-Suisse», das sind diejenigen, welche uns mit Geld davon abhalten wollten, Unterschriften zu sammeln. Es sind auch sie gewesen, welche bereits vor einiger Zeit im Internet Namen für unsere «Hompages» aufgekauft haben, so dass wir keine Möglichkeit mehr haben sollten, eigene Seiten im Internet aufzuschalten. Pfui, in was für einem Dreckstaat leben wir!

Auch ein linkes Komitee sammelt

Mitte Januar wurde auch ein linkes Referendumskomitee gegen die Personenfreizügigkeit und die sogenannte flankierenden Massnahmen gegründet. In diesen Kreisen werden nun ebenfalls Referendumsunterschriften zusammengetragen. Das ist für uns gut, denn nun kommt diese Vorlage auch von links her unter Druck. **Es befreit uns aber nicht davon, aus eigenen Kräften die notwendigen rund 60'000 Unterschriften zusammen zu tragen. Denn wir wollen und müssen Stärke beweisen!** Und die soziale Frage stellt sich wirklich! Da haben wir Schweizer Demokraten auch eine ganz andere Meinung als die SVP, welche möglichst gar keine flankierenden Massnahmen, also möglichst wenig Schutz vor Lohndruck durch ausländische Firmen und deren Arbeitskräfte will. Wir von den SD sind die Partei der «kleinen Leute». Diese Wählerschicht verdient im Durchschnitt wenig Geld, bei uns hat es Rentnerinnen und Rentner und Leute aus dem Mittelstand. Und sie alle kämen mit der Ost-EU-Personenfreizügigkeit stark unter Druck. Abgesehen von den Gewinnen, welche einige exportorientierte Grossfirmen einheimischen könnten, werden die Abmachungen im Beschaffungswesen und im Personenverkehr unsere Volkswirtschaft negativ belasten. **Der Mittelstand und insbesondere die Kleinbetriebe aller Branchen würden einerseits durch verschärften Preis- und Kostendruck – den man mit den Ost-Arbeitern bewerkstelligen kann – und andererseits durch ein verschärftes Staatsdefizit (in Richtung EU-Niveau) wirtschaftlich geschwächt.** Damit kämen unsere Löhne natürlich ins Wanken, **Lohndruck und Lohnabbau** wären die Folgen. Andererseits ist auch damit zu rechnen, dass **eine Einwanderung in die Sozialwerke** ablaufen wird. Zuerst finden diese Leute Arbeit, dann werden sie arbeitslos (die Arbeitslosenzahlen nehmen schon heute laufend zu) und fallen uns anheim. Wir Steuerzahlenden haben diese teure Steuer-Zeche zu bezahlen. Und dies wird wieder vor allem den Mittelstand und die ein-

fachen Leute treffen. Das Geld fehlt dann nämlich an allen Ecken und Enden für andere wichtige Staatsaufgaben – beispielsweise auch für die AHV-Renten!

Noch mehr Missbräuche mit Osterweiterung

Im letzten Herbst konnte man in allen Medien vernehmen, dass es innert einem halben Jahr zu ungezählten **Missbräuchen durch die Personenfreizügigkeit** und den freien Warenverkehr mit Leuten und Firmen aus den «alten» EU-Ländern gekommen ist. Da arbeiteten EU-Ausländer zu Minimalstlöhnen bei uns. Andere EU-Ausländer waren wiederum gar nicht sozialversichert. Ausländische EU-Firmen offerierten zu Minimalstpreisen, so dass unsere Gewerbetreibenden mit diesen Tiefpreisen gar nicht mehr mithalten konnten. **Und jeder Gewerbetreibende, der der Erweiterung des freien Personenverkehrs auf die neuen Ost-EU-Staaten zustimmt, schaufelt sich damit sein eigenes Grab!** Denn wenn ein Schweizer Gewerbetreibender mit diesen EU-Tiefstpreisen mithalten wollte, müsste er sparen. Das bedeutete erstens, dass die Arbeiten schneller und damit schludriger gemacht würden. Zweitens würden wohl noch billigere und damit schlechtere Materialien eingesetzt. Und drittens müsste dieser Schweizer Gewerbetreibende die Löhne drücken, weil ihm wegen dieser EU-Konkurrenz das Wasser bis zum Hals stünde. **Dass es diese Missbrauchsfälle seit unserer Referendums-Unterschriftensammlung offenbar nicht mehr gibt, haben wir alle natürlich schon bemerkt. Denn das wird jetzt aus abstimmungstaktischen Gründen bewusst unter den Tisch gekehrt und totgeschwiegen!** Und die Gewerkschaften liessen sich wohl von gewissen Kreisen über den Tisch ziehen. Diese haben es bei den Gewerkschaften vermutlich so gemacht, wie sie es mit uns – allerdings vergeblich – versuchten.

Die Gewerkschaften haben am 3. Dezember 2004 eine Liste von Missbräuchen veröffentlicht. Seit Juni 2004 läuft der freie Personenverkehr mit den «alten» EU-Ländern und seither gibts Missbräuche noch und noch. **Nachfolgend publizieren wir einen kleinen für die ganze Schweiz repräsentativen Auszug aus dieser Liste:**

Neue Fälle von Lohndumping in der Schweiz

Die aufgelisteten Fälle aus der Ostschweiz, aber auch aus dem Kanton Bern sowie aus Zürich

betreffen entsandte Arbeitnehmende vorwiegend aus Deutschland und Österreich, aber auch aus Polen und Portugal. Es handelt sich um Baufachleute, Bodenleger, Gerüstbauer, Maler, Gipser, Zimmerleute, Schlosser, Mechaniker und Haustechniker (Sanitär-Installateure). Sie werden auf Baustellen in Wohnbau, Industrie und Landwirtschaft eingesetzt.

Die Entsendefirmen sind teils kleinere Holzbau- und Zimmereigeschäfte aus dem grenznahen Vorarlberg, teils sind es grössere deutsche und ostdeutsche Spezialfirmen bis hin zu europäisch bedeutsamen Baukonzernen wie die Lindner KG aus Arnstorf, der deutsche Fertighaus-Spezialist Schwörerhaus KG oder der österreichische Silobauer Johann Wolf GmbH. Es gibt auch polnische und holländische Firmen. Ein Teil der Arbeitnehmenden sind durch Temporärfirmen vermittelt, meist kleinere Firmen ohne bekannten Namen.

Die Stundenlöhne bewegen sich in der Regel zwischen 12 und 18 Franken und liegen damit offensichtlich unter den Schweizer GAV-Löhnen. Tieflohne unter 10 Franken sind keine Seltenheit. Der tiefste festgestellte Stundenlohn betrug 5.90 Euro oder knapp 9 Franken für einen über eine deutsche Temporärfirma vermittelten Maler. Entschädigungen für Unterkunft und Verpflegung sind die Regel, jedoch nicht der 13. Monatslohn. Bei deutschen Arbeitnehmenden gibt es nur Gratifikationen (Weihnachtsgeld). Am schlechtesten sind polnische Arbeitnehmende gestellt mit Stundenlöhnen um 7 Franken ohne 13. Monatslohn und 50-Stunden-Woche ohne Überzeitschädigung. Die von Temporärfirmen bezahlten Löhne liegen klar tiefer als jene von Entsendefirmen. Befragungen zeigen, dass der grösste Teil der Entsandten keine Ahnung von Lohnvorschriften hat und nicht weiss, dass es sich offenkundig um Löhne unter dem Minimalstandard handelt.

Die realen Arbeitszeiten betragen bis zu 12 Stunden pro Tag und sind damit, auf Wochenarbeitszeit umgerechnet, sehr hoch, was darauf zurück zu führen ist, dass die befristeten Einsätze auf den Baustellen in möglichst kurzer Zeit durchgezogen werden. Fertighausbauer arbeiten, wie der Fall Wimmis BE zeigt, bis spätnachts (22.30 Uhr). Vielfach beziehen entsandte Arbeitnehmende gar keine Unterkunft, sondern reisen mobil im (eigenen) Wohnwagen an. Wo sich solche Entsandte massieren, bilden sich campingplatzähnliche Verhältnisse wie beim Schlacht-

hof-Neubau in Bazenheid SG. Manchmal drängen sich bis zu vier Personen in einen kleinen Wohnwagen, wie im Fall Altenrhein SG. Fertighaus-Spezialisten stellen in einem Arbeitstag ein Wohnhaus auf und richten sich gleich darin mit Schlafbahnen über Nacht ein (Fall Wimmis BE). Teils werden Unterkünfte gestellt, die jeder Beschreibung spotten, wie der Fall Schaffhausen zeigt, wo einem portugiesischen Arbeitnehmer ein praktisch leeres Zimmer zugewiesen wurde, und dieser, um überhaupt schlafen zu können, erst eine Matratze aus dem Sperrmüll im Flur behändigen musste. Das Gesamtbild der entsandten Arbeitnehmenden zeigt, dass sich eine Art flexibles, mobiles europäisches Bau-Proletariat bildet, das ständig unterwegs ist und Hunderte von Kilometern für die Heimfahrt am Wochenende in Kauf nehmen muss.

- Genf: Beim Auftraggeber L. arbeiten zwei Polen schwarz zu Billigstlöhnen (Ausbaugewerbe).
- Schaffhausen: Die Baufirma P.

beschäftigt einen portugiesischen Temporärarbeiter zwar zum vorgeschriebenen Mindestlohn. Er muss aber in einer Abbruchliegenschaft auf dem Boden schlafen, wofür ihm Fr. 520.- vom Monatslohn abgezogen wird.

■ Frauenfeld: Die Gerüstbaufirma R. beschäftigt einen Mann temporär 13 Stunden pro Tag, bezahlt ihm aber nur 10 Stunden.

■ Langendorf: Die Firma F. beschäftigt einen scheinselfständigen Bodenleger, ohne ihm Sozialversicherungsleistungen zu bezahlen.

■ Niederbuchsiten: Der deutsche Fertighaushersteller H. beschäftigt entsandte Arbeitnehmer. Die Arbeiter erhalten Stundenlöhne von 11 bis 18 Euro, was deutlich unter den GAV-Löhnen ist.

■ Grenchen: Die österreichische Baufirma V. arbeitet mit entsandten Arbeitnehmern. Die gelernten Arbeiter erhalten Euro 10.80, was etwas mehr als die Hälfte des GAV-Mindestlohnes ist.

■ Lommiswil: Die deutsche Baufirma B. beschäftigt ihre Leute massiv unter den Schweizer GAV-

Löhnen (Euro 12.80-17, je nach Qualifikation)

■ Balsthal: Die deutsche Fertighausfirma H. zahlt ihrem Vorarbeiter 17 Euro, was massiv unter dem GAV-Mindestlohn ist. Zudem sind die Zulagen ungenügend.

■ Balsthal: Die deutsche Baufirma H. beschäftigt ihre entsandten Arbeitnehmer zu zwischen 11 und 17 Euro, ebenfalls deutlich unter dem GAV-Lohn.

■ Bettlach: Die Schweizer Baufirma C beschäftigt gemeldete Kurzaufenthalter zu 18 Euro, ohne die vorgeschriebenen Versetzungsspesen.

■ Grub: Die österreichische Firma B. beschäftigt zwei entsandte Arbeitnehmer (Tischler), die zwischen 14.45 und 16.50 CHF pro Stunde verdienen statt dem regulären GAV-Mindestlohn von 26.80 CHF pro Stunde.

■ St. Gallen: Die österreichische Firma S. beschäftigt entsandte Arbeitnehmer, die durch eine liechtensteinische Temporärfirma vermittelt wurden und nur 12 CHF pro Stunde verdienen, d.h. 2850 CHF pro Monat.

■ St. Gallen: Die Firma V. beschäftigt entsandte Arbeitnehmer, die von deutschen Temporärfirmen vermittelt wurden, für 8.85 bzw. 16 CHF pro Stunde (gelernte Maler bzw. Säureschutz-Facharbeiter).

■ Wil: Drei von der deutschen Firma W. entsandten Arbeitnehmern wird ein zu geringer Lohn gezahlt. Ein Vorarbeiter bekommt 27 CHF pro Stunde (plus 6 CHF pro Stunde für Verpflegung und Spesen), einen halben 13. Monatslohn und eine bezahlte Unterkunft für 13 Arbeitsstunden pro Tag. Ein Anlagemechaniker verdient brutto 19.15 CHF pro Stunde (statt 21.58 CHF), ein Konstruktionsmechaniker 22.05 CHF (statt 25.40 CHF).

Was lernen wir aus dieser gewerkschaftlichen Auflistung? – Wenn wir der Ausweitung des freien Personenverkehrs auf die neuen Ost-EU-Länder zustimmen, werden diese Missbräuche noch viel mehr zunehmen. Das wäre unser Untergang! Deshalb rufen wir alle auf, Unterschriften zu sammeln und dafür zu sorgen, dass es darüber eine Volksabstimmung gibt!



Verbesserter Tierschutz gefordert

Die Schweizer Tierschutzgesetzgebung ist nach Ansicht des Schweizer Tierschutzes im internationalen Vergleich teilweise immer noch rückständig. Vieles, was in anderen Ländern inzwischen verboten sei, bleibe in der Schweiz erlaubt.

Im Vorfeld der Beratung der Tierschutzgesetz-Revision durch die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, hat der Schweizer Tierschutzbund (STS) am Montag an einer Medienkonferenz in Bern seine Anliegen bekräftigt. Referentinnen aus Norwegen und Österreich stellten die Situation in ihren Ländern vor. Letzten Oktober hatte der Ständerat die Revision und damit eine leichte Verschärfung des Tierschutzgesetzes gutgeheissen. Doch dem STS geht dieser indirekte Gegenvorschlag zu ihrer Initiative



«Tierschutz – ja» nicht weit genug. Die Gesetzgebung lasse nach wie vor eine Reihe von Tierquälereien zu.

Grundsätzlich alle Tiere erfassen

Mit Hinweis auf das benachbarte Ausland und Skandinavien ver-

langt der STS deshalb weitere Verbesserungen. So sei der gesetzliche Geltungsbereich wie etwa in Deutschland und Österreich grundsätzlich auf alle Tiere auszu-

dehnen, forderte Sibylle Horanyi vom STS. In der Schweiz gilt das Tierschutzgesetz mit wenigen Ausnahmen nur für Wirbeltiere.

SDA

Wieder mehr kranke Bäume im Schweizer Wald

Durch extreme Wetterereignisse und Heerscharen von Borkenkäfern hat sich der Zustand des Waldes erstmals seit mehreren Jahren erneut verschlechtert.

Die Rekordhitze im Sommer 2003 setzte den Bäumen hier zu Lande deutlich zu. Dies geht aus bisher noch nicht veröffentlichten Daten des Schweizer Waldzustandsberichts von 2004 hervor. «Wir haben in diesem Jahr einen markanten Anstieg der Kronenverlichtung festgestellt», sagt der Forstwissenschaftler Norbert Kräuchi von der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) in Birmensdorf. «Beinahe 40 Prozent der Bäume sind davon betroffen. Darunter vor allem Buchen und Fichten.» In den letzten Jahren konnten Experten in Sachen Waldsterben eher Entwarnung geben, weil der Zustand des Waldes zumindest nicht schlechter wurde. Doch dieses Jahr geht es dem «Patient Wald» ähn-

lich wie nach dem Sturm Lothar im Jahr 1999. «Er ist zwar nicht sterbenskrank, aber auch nicht kerngesund», erklärt Forstdirektor Werner Schärer vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal). «Wir müssen jetzt aufpassen und auf der Hut sein.»

Starke Schäden beobachteten die WSL-Experten im Berner Oberland. Denn sind die Bäume erst durch Sturm- oder Hitzeereignisse gestresst, sind sie ein gefundenes Fressen für Borkenkäfer. So musste man dort in vielen Regionen die Nester der Schädlinge schnell entfernen und befallene Fichten rasch aus den Wäldern herausholen.

Um die durch Unwetter und Ausbreitung der Borkenkäfer verursachten Schäden möglichst effizient zu bewältigen, hatte der Bundesrat bereits Ende September einen Nachtragskredit in Höhe von 13,8 Mio. Franken beantragt.

Die Zauneidechse – Tier des Jahres 2005



Kriechtiere wie sie sind die grossen Verlierer einer aus- und aufgeräumten Landschaft. Besonders bedenklich: die Zauneidechse hat dermassen gemässigte Ansprüche an Lebensraum und Klima, dass es ihr in der Schweiz eigentlich sehr gut gehen könnte.

Einst muss die Zauneidechse so häufig gewesen sein, dass ihr dies zu ihrem Namen verholfen hat. Die Eidechse, die man überall entlang von Weidezäunen sehen konnte; wie sie zum Sonnen an Zaunpfählen hochkletterte und sich bei Gefahr blitzschnell ins Altgras fallen liess oder in ein benachbartes Brombeergestrüpp verschwand. Doch die Zauneidechse, der Prototyp einer Eidechse und der älteren Generation von Sonntagsspaziergängen her bekannt, ist verschwunden und Kindern von heute bestenfalls aus Bilderbüchern bekannt. Pro Natura hat sie deshalb zum Tier des Jahres 2005 erwählt. Sie, die in ihren Ansprüchen derart gemässigt ist, findet hierzulande kaum mehr ein Auskommen. Das ist bedenklich.

Dabei ist die Zauneidechse punkto Lebensraum und Futter wenig wählerisch. Sie siedelt dort, wo

sich auch der durchschnittliche Homo helveticus niedergelassen hat: im Mittelland und der Nordwestschweiz. Sie lebt zwischen Licht und Schatten. Grenzbereiche braucht sie, da wo Wald fließend in Wiese übergeht, wo ein vergessener Holz- oder Steinhaufler einen Platz an der Sonne anbietet und wo genügend Versteckmöglichkeiten im verfilzten Altgras vorhanden sind, fühlt sie sich wohl. Die Zauneidechse ist eine Kulturfolgerin, siedelt gern an Bahndämmen. Selbst in naturnahen Gärten trifft man sie an. Es sei denn, es hat zu viele Katzen in der Umgebung. Reptilien Forschende und Naturschützer ziehen seit Jahren die Alarmglocken, wenn es um die Zukunft der Kriechtiere geht. Nur gerade die Blindschleiche steht noch nicht auf der roten Liste. Den 14 anderen Kriechtieren steht das Wasser bis an den Schuppen bewehrten Hals.

Die Kulturlandschaft ist verarmt. Und die Zauneidechse ist ein Sinnbild dafür. Sie steht für das Schicksal von vielen anderen Tieren und Pflanzen, nicht zuletzt den Schmetterlingen.

Pro Natura

Schweizer Gletscher schmelzen stärker als erwartet

Zwischen 1985 und 2000 verloren die Schweizer Gletscher 18 Prozent der Fläche, alpenweit mit 22 Prozent sogar noch etwas mehr.

Damit erreicht der Schwund bereits heute eine Grössenordnung, die erst in 20 Jahren erwartet wurde. Laut einer früheren Studie gingen Wissenschaftler für das Jahr 2025 von einer Abnahme um 30 Prozent aus. Verglichen mit dem Zeitraum 1850 bis 1973 hat sich der gemittelte Gletscherschwund zudem beschleunigt: Von 1973 bis 2000 hat sich die Abnahme verdreifacht, von 1985 bis 2000 versiebenfacht.

Die Abnahme sei «ziemlich heftig», sagte Frank Paul vom Geographischen Institut der Universität Zürich. Der Schwund sei unter anderem eine Reaktion auf die heissen 90er Jahre und generell erhöhten Temperaturen, sagte Paul weiter. In den Alpen habe die Temperatur zudem stärker zugenommen als in der restlichen

Schweiz: In den letzten 150 Jahren wurde eine Zunahme um 0,6 Grad verzeichnet, in den Bergen waren es zwischen 1 und 1,5 Grad.



Vor allem die kleinen Gletscher leiden unter den höheren Temperaturen in den Alpen: Zwar sind nur 18 Prozent kleine Gletscher, beim gesamten Gletscherschwund machen sie aber 44 Prozent aus.

SDA

Nachhaltige Einwanderungspolitik

Wie schnell unser Land zugebaut wird, ist beängstigend. Wer alte Landeskarten anschaut und sich die Entwicklung der Siedlungsfläche vor Augen führt, dem kann nur das Grauen kommen. Dagegen etwas tun, das wollen alle – auch Pro Natura. Allerdings bleibt es bloss bei guten Absichten und Worthülsen, solange wir die wahre Ursache des stetig zunehmenden Siedlungsbaus nicht stoppen. Gewiss nimmt die Schweizer Bevölkerung pro Person mehr Wohnraum in Anspruch als früher. Wer möchte nicht auch – wie Ihr Chefredaktor – lieber in einem Ein-

familienhaus wohnen als im städtischen Wohnblock? Das wirkliche Problem liegt jedoch woanders: Solange wir das Bevölkerungswachstum in der Schweiz nicht stoppen können, solange ist die Natur auf verlorenem Posten. Jedes Kind weiss doch: Mehr Leute brauchen mehr Platz, mehr Autos, mehr Strassen, mehr Bahnlinien, mehr Einkaufszentren. Von einer nachhaltigen Bevölkerungszahl sind wir aber meilenweit entfernt. In den Neunzigerjahren hat die Bevölkerung jährlich um über 40'000 zugenommen, die Grösse der Stadt Thun! Eine Trendwende ist entgegen anders lautenden Prognosen nicht absehbar.

Deshalb ist mir unverständlich, weshalb sich Pro Natura, WWF und andere am Naturschutz interessierte Kreise nicht konsequent um eine nachhaltige Einwanderungspolitik bemühen! Das hat grundsätzlich nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun, sondern ist die wirksamste Form des Naturschutzes. Ein Naturschutz, auf den wir nicht länger verzichten dürfen.

*Thomas Reich, Eschenbach
(Leserbrief im Pro Natura
Magazin 01/2005)*

Absurde Planspiele von «Avenir Suisse»!

«Avenir Suisse», eine Denkfabrik der Schweizer Wirtschaft, träumt von einem «Zürcher Manhattan». Unter dem Titel «Stadtland Schweiz» hat es der Öffentlichkeit seine Zukunftsperspektive präsentiert. Sorgen wir dafür, dass es nicht wahr wird!



Die Kolumne

Liebe Leserin, lieber Leser

Nicht irgendeiner, sondern Valentin Oehen hat sich bereit erklärt, ab sofort jeden Monat eine Kolumne in unserer Zeitung zu schreiben. Es ist «der» Valentin Oehen, den wir von früher her als brillanten Politiker, Redenschreiber und Artikelverfasser kennen. Ich freue mich auf – wie gewohnt – interessante, lehrreiche, kritische und ge-

haltvolle Texte – mit spitzer Feder verfasst. So wünsche ich denn uns allen viel Vergnügen beim Lesen. Und sollten die abgehandelten Probleme und Themen uns mal allzu heftig aufrütteln oder gar aufregen, denken wir an unsere Nerven! Valentin Oehen kann nichts dafür, dass unsere Welt und manche ihrer Bewohnerinnen und Bewohner dann und wann fast ungeniessbar sind...
Rudolf Keller

Schadenfreude ist die echtste Freude!

– aber nicht immer angebracht!



Valentin J. Oehen-Christen, e. Nationalrat, Köniz

Manch altgedienter Kämpfer der SD (vormals NA) kann wohl die Schadenfreude nur schwer unterdrücken, wenn in diesen Tagen die SVP von allen Seiten Hiebe bekommt. Da hat deren DV in La Chaux-de-Fonds gegen den Willen ihres Bundesrates das

Nein zur Ost-Personenfreizügigkeit beschlossen.

Mit guten Gründen – wie mir scheint –, da doch niemand in Zweifel ziehen kann, dass mit der Personenfreizügigkeit – die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen wird; – die Sozialwerke ausbluten werden; – die Mehrwertsteuer erhöht und – der allgemeine Wohlstand nach unten nivelliert wird.

Obwohl dabei die allgemeine Wachstumsproblematik nicht einmal angesprochen wird, kommt die Schelte vor allem von Seiten wachstumsfixierter Wirtschaftsvertreter. Schon in den 70er-Jahren wurde die NA, später die SD stets verketzert, weil mit ihrer Politik der Wachstumswahn zu bremsen versucht wurde. Und tatsächlich, ohne Bevölkerungswachstum könnte – die Bauwirtschaft mit dem Woh-

nungsbau an der Spitze nicht weiter als Spitzenreiter der Selbsterstörung der Lebensgrundlagen florieren; – der Konsum von Konsumgütern nicht stets neue Rekorde vermelden – sehr zur Freude aller Grossverteiler; – sich der Dienstleistungssektor nicht immer weiter ausdehnen.

Dauerwachstum ein bedrohlicher Irrglaube!

Naturwissenschaftlich ist es unbestritten:

Dauerwachstum endet stets in einem Zusammenbruch!

Das aber berührt die Wirtschaftsmächtigen offenbar in keiner Weise. «Après nous le déluge» – scheint unbeirrt ihre Devise zu sein.

- Dass die «Bandstadt Schweiz» von Genf bis Romanshorn ihrer Realisierung in den letzten 30 Jahren ein schönes Stück näher gekommen ist – für diese Herrschaften ein Grund zur Begeisterung. Die Feiern zum «Quantensprung der SBB», der auf eine Installierung städtischer Verkehrsbetriebe für die ganze Schweiz hinausläuft, hat dies sehr klar aufgezeigt.
- Dass die Verkehrsprobleme je länger, desto unlösbarer werden – kein Grund zur Sorge. Es eröffnen sich neue Verdienstquellen – von der Bauwirtschaft über die Karosserie-Spengler bis zu den Planern freuen sich alle.
- Dass die Lebensqualität absinkt, die Enge zu psychischen und physischen Krankheiten führt – ist doch der «Krankheitsindus-

Dem zentralen Informationssystem zur Bekämpfung von Versicherungsbetrug ZIS entnehmen wir für das Jahr 2004:

989 Personen wurden neu eingetragen

	Jahr 2004	Jahr 2003
Schweizer	502 (51%)	430 (54%)
Ausländer	487 (49%)	367 (46%)

Von den 487 eingetragenen Personen ausländischer Nationalität stammen 418 aus europäischen und 69 aus aussereuropäischen Ländern.

Als Vergleich: Der offizielle Ausländeranteil beträgt in unserem Lande rund 20%!

trie» und dem «sozialen Komplex» höchst dienlich.

Trotzdem – kein Grund zur Schadenfreude!

Und nun kommt also diese SVP, die sich doch als Wirtschaftspartei in Konkurrenz zur FdP und der CVP so schön etabliert hat, und beschliesst zu einem neuen Wachstums-Motor die Nein-Parole! Schande über sie – so schreien die Vertreter einer auf Dauerwachstum getrimmten Wirtschaft – von Direktor Hasler bis zu den Bundesräten Couchepin und Deiss.

Schlechte Erinnerungen

Während Jahrzehnten hackten diese Kreise – inklusive der SVP und der Gewerkschaften – auf der NA/SD herum, wenn sich diese für Massnahmen zum Masshalten einsetzte. Kein Argument war ihnen zu billig, zu madig, um diese Querschläger fertig zu machen. Man focht mit Totschlagworten wie Fremdenhasser, Ausländerfeinde, Blut- und Boden-Politiker, ewig Gestrige, usw. usf. Und jetzt muss es die sieggewohnte SVP erleben, wie ihre Politik ohne tieferschürfende Analysen mit der Totschlag-Qualifikation «Wirtschaftsfeindlich» verunglimpft wird.

Die heutige SVP hat trotz verschiedener Sündenfälle grosse Fortschritte auszuweisen in der Mobilisierung der politischen Kräfte gegen

- die selbstzerstörerische Wachstumspolitik;
- die Selbstaufgabe als neutraler Kleinstaat;
- die Aushöhlung unserer politischen Institutionen des Föderalismus, der direkten Demokratie und der Subsidiarität.

Die neue Masche der Internationalisten, Globalisierungsfreunde und kleinnütigen Anhänger der «Anschluss-Politik» an die EU ist gefährlich für die politische Entwicklung des Landes.

Die Mehrheit der Bürger (zur Zeit sollen es 69 Prozent sein) sorgen sich vor allem um die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes, den angeblich nur eine stets wachsende Wirtschaft garantieren könne.

Wir tun gut daran, verstärkt auf die tieferen Zusammenhänge hinzuweisen – durchaus im Interesse der SVP, das in diesem Falle deckungsgleich ist mit dem Interesse der Schweizer Demokraten.

Die «Helvetier» spinnen (1)

Vor Weihnachten 2004 beschloss der Bundes-, Stände- und Nationalrat in Bern, dass wir die Grenzen zur EU total abbauen (Bilaterale II) und die Personenfreizügigkeit auch den 10 EU-Oststaaten gewähren. Die vor Jahren versprochene Volksabstimmung kam nicht in Betracht und Bundespräsident Deiss (CVP) sorgte höchstpersönlich dafür, dass die 100-Tages-Frist für ein allfälliges Referendum noch eine Woche früher (unmittelbar vor Weihnachten 2004) zu laufen begann. So wurde es praktisch unmöglich, die nötigen Referendumsbogen rechtzeitig zu drucken und im ganzen Lande so zu versenden, dass ohne Verzug die 100-Tages-Frist für das Referendum genutzt werden konnte. Dabei werden jetzt unsere Grenzen für die 380 Mio. EU-Bürger ohnehin geöffnet; aber die 78 Mio. EU-Ostbürger, zumeist in armen Verhältnissen (ein Mechaniker verdient vielleicht umgerechnet 300 Fr./Mt.), sehen viele als noch grösseres Risiko! Es muss daher gefragt werden, für wen arbeiten eigentlich unser Räte in Bern?

Holocaust-Industrie

Folgt jetzt der nächste Akt des Erpressungs-dramas?

Uns allen sind die Berichterstattungen zum Auschwitz-Gedenktag noch vor Augen und in den Ohren. Auch der jüngeren Generation ist damit wieder voll bewusst geworden, welch ungeheuerliche Verbrechen die Nazis während der Hitler-Ära begangen haben. Tiefes Mitleid erfüllt uns mit den Opfern des Holocaust und mit dem ganzen deutschen Volk, das noch jetzt – 2 Generationen später – immer wieder einen Schuldkomplex aufgefrischt bekommt und das bis heute und weiterhin enorm für die Schuld seiner Väter bezahlen muss.

- Wie das deutsche Volk in diesen Abgrund von Schuld und Schande hineingetrieben wurde – darnach darf man nicht fragen – das wäre politisch unkorrekt!
- Die Frage, ob man einem Volk nicht vergeben sollte, das so bitter für seine Schuld gebüsst hat;
- man denke an die zerbombten Städte;
- an die verlorenen Siedlungsgebiete im Osten mit den 13 Millionen Vertriebenen;
- an die Hekatomben von toten Soldaten und zivilen Bombenopfern;
- an die Segnungen von 44 Jahren Kommunismus in den sog. Neuen Bundesländern

würde nach Meinung des JWC die Würde der Holocaust-Opfer verletzen. – Ist dem wirklich so?

Nachdem in den 90er-Jahren so erfolgreich Kapital aus den Schuld-komplexen geschlagen wurde, dass ein jüdischer Schriftsteller das Geschehen als **Holocaust-Industrie** brandmarkte, ist es in den letzten Jahren etwas ruhiger geworden. So stellt sich auch die Frage nach dem tieferen Sinn des grossaufgezogenen Gedenktages 60 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz durch die Russen.

Um es vorwegzunehmen: die Regie war grossartig, 45 Staats- und Regierungschefs waren anwesend

und gedachten mit bewegenden Worten und starker Symbolik der Opfer des Holocaust. Sogar der russische Präsident Putin fand starke Worte, wobei er allerdings vergas, auch der Dutzenden von Millionen Opfer des Archipel Gulag zu gedenken.

Nach allen Beileids- und Scham-bezeugungen und den eindringlichen Appellen, dass so etwas niemals mehr passieren dürfe, kann man nur bedauern, dass diese imposante Gedenkfeier nicht schon 1970, also 25 Jahre nach der Befreiung, stattgefunden hat. Dann wären hoffentlich die Gemetzel

- im Vietnamkrieg;
- in der chinesischen Kulturrevolution;
- in Afghanistan;
- im Nahen Osten (Libanon, Israel/Palästina, Iran/Irakkrieg, 1. und 2. Golfkrieg);
- in Ruanda und
- in Tschetschenien unterblieben.

Jedenfalls, das Klima ist wieder geschaffen, um erfolgreich «Schuldige» zum Gang nach Canossa zu zwingen.

Die Schweiz erneut auf der Anklagebank

Die schweren, diskriminierenden Anklagen des JWC wegen der Flüchtlingspolitik und der angeblich riesigen Summen von durch die Banken zurückgehaltenen nachrichtenlosen Vermögen, wie auch die gesamte Wirtschafts- und Staatspolitik, dank derer die Schweiz aus dem Krieg herausgehalten werden konnte, haben unserem Land und seinem Ansehen in der Welt schwer geschadet. Dies auch wenn immer mehr klar wird, dass die Anklagen eine fiese Form von Aussenpolitik waren und der reinen Abzockerei dienen.

Der Gipfel wurde mit dem Buch des ehemaligen US-Unterstaatssekretärs Eizenstat 2002 erreicht, als er das Schweizer Volk als Ganzes



Rütli-Rapport 1940: Die Schweiz war bereit, auch mit Leib und Leben die Unabhängigkeit zu verteidigen.

schwerstens verunglimpfte. Allzu verwunderlich war dies allerdings nicht, hatte doch der Bundesrat jahrelang alle Anwürfe, auch die offensichtlich falschen und verleumderischen, zerknirscht hingenommen und sich gar für Dinge entschuldigt, wo es gar nichts zu entschuldigen gab.

Die von linken Kreisen dominierte Bergier-Kommission verfasste dann noch den tendenziösen Bericht, der an Untertänigkeit gegenüber den klägerischen Kreisen nichts zu wünschen übrig lässt. Zutreffend ein Kommentar aus den USA (NZZ am Sonntag, 22. Dezember 2002):

Eizenstat zitiert genüsslich aus dem Schlussbericht ihrer Bergier-Kommission. Wahrscheinlich hat sich die Kommission eingebildet, es sei mutig, die Schweizer Banken als blutsaugende Monster darzustellen. Es ist lächerlich, wenn sich Bergier jetzt über Eizenstats Buch entsetzt. Zuerst lieferte er ihm die Munition, und dann beklagt er sich, wenn auf die Schweiz geschossen wird. Manchmal habe ich wirklich den Eindruck, ihr Schweizer habt es nicht anders verdient – weil ihr nie für die Wahrheit kämpft.

Dieser Vorwurf war nicht nur an die Adresse der Bergier-Kommission berechtigt, sondern auch an zahlreiche Vertreter der Medien, der Politik und bis hinauf zum Bundesrat.

Und nun nutzte also der Vorsitzende des Jüdischen Weltkongresses, Israel Singer, den Auschwitz-Gedenktag, um einen neuen Angriff auf die Schweiz zu lancieren. Er verkündete: «Die Neutralität der Schweiz angesichts des Holocaust war ein Verbrechen, genauso wie die Täterschaft Österreichs und die Kollaboration in Frankreich.»

Damit allerdings scheint er nun den Bogen überspannt zu haben. Endlich hat der Bundesrat einmal einen so ungeheuerlichen Angriff entschieden zurückgewiesen, und sogar Singers Freund Jean François Bergier bezeichnete diese Aussage als eine Entgeißlung. Sin-

ger wisse, dass die Neutralität in der schwierigen Zeit des Zweiten Weltkrieges die einzige Überlebenschance der Schweiz gewesen sei. Und auch beim Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund findet man Singers Kritik als verfehlt.

Was also soll diese erneute, massive Beleidigung der Schweiz durch den obersten Vertreter des JWC, der ganz genau wissen muss, dass die jüdische Gemeinschaft der Schweiz (inkl. mehrere Zehntausende von jüdischen Flüchtlingen) die Nazi-Greuel nur deshalb relativ unbeschadet überstand, weil die Schweiz dank ihrer Neutralitätspolitik eine Insel des Friedens blieb.

Wäre es Herrn Singer lieber, wenn auch die Schweizer Juden in Auschwitz vergast worden wären?

Aber nein, das kann ja doch wohl wirklich nicht seine Meinung sein. Nach allem, was bis jetzt unserem Lande gegenüber von der JWC-Führung geboten wurde, dürfte es hingegen wohl nur eine Frage der Zeit sein, bis wir vor irgendeinem obskuren Gericht in den USA für das Verbrechen der Neutralität mit einer milliardenschweren Schadenersatz-Klage wegen der Neutralitätspolitik im Zweiten Weltkrieg eingedeckt werden. Einer Politik also, die seit 1815 von den Grossmächten sanktioniert, resp. als bewaffnete Neutralität verpflichtend auferlegt ist.

Die «immerwährende, bewaffnete Neutralität»

war und ist ein Garant für das Überleben des Kleinstaates. Wir sind gerade jetzt Zeuge von der schrittweisen Aushöhlung dieses Prinzips. Welche Folgen dies für die Existenz einer freien, friedlichen Schweiz haben wird, werden wir dann erfahren, wenn es zum «Kampf der Kulturen» – ausgelöst durch die USA kommen wird. Oder spätestens dann, wenn Amerika als Hegemonialmacht im Kampf um die Energiereserven den Kürzeren ziehen wird. Und dafür werden die kommenden Grossmächte Indien und China mit Sicherheit besorgt sein. *Hans Spitz, Köniz*

Die «Helvetier» spinnen (2)

Mehr als eine halbe Million Arbeitslose und Ausgesteuerte kosten unsere Volkswirtschaft im Jahr 37,5 Milliarden (37'500 Mio.) Pro Person wurde ein jährliches Arbeitslosengeld von 50'000 Fr. angenommen. Man stelle sich diese ungeheure Summe einmal vor. Sie muss mit Steuern und Sozialabgaben von Betrieben und Arbeitenden aufgebracht werden. Sie verteuert somit den Standort Schweiz, obwohl einzelne, rücksichtslose Betriebe von Billig- und Schwarzarbeitern profitieren können. Wir könnten also diese 37,5 Mia. einsparen, d.h. billiger werden, indem wir diese über 500'000 wieder in den Arbeitsprozess integrieren. Bestehende Arbeitsplätze würden so sicherer, unsere Produkte konkurrenzfähiger und unsere Löhne müssten nicht reduziert werden! Aber auch das Leben im Lande würde billiger, alles Ergebnisse, die hochwillkommen wären...

Was haben wir für ein Planungsrecht?

Die Gemeinde Galmiz und der Kanton Freiburg wollen im so genannten Grossen Moos für eine US-amerikanische Chemiefirma, die ihre Identität nicht preisgibt, gerüchtweise aber mit gentechnischen Methoden produziert, 55 Hektaren Landwirtschaftsland in eine Bauzone umzonen. Dabei ist in der Schweiz Industrieland der Grösse von ungefähr dem Kanton Genf bereits eingezont und liegt brach! Das Grosse Moos ist ursprüngliches Sumpfland, das mit grossem Aufwand und staatlichen Subventionen – u. a. zur Sicherung einer einheimischen Lebensmittelversorgung im Zweiten Weltkrieg – entwässert und in Ackerboden umgewandelt worden ist. Umweltschutzorganisationen, vor allem auch die Schweizerische Stiftung für Landschaftschutz, ent-

setzten sich und gaben ihre Meinung kund, das Unternehmen sei illegal, weil so wertvolle Fruchtfolgeflächen wegindustrialisiert würden. Das Projekt schlage dem Umweltschutz ins Gesicht! Sie hatten alle die Rechnung ohne den Wirt in der Person von Pierre-Alain Rumley, Chef des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) gemacht, der nach einem eiligst verordneten Kurzgutachten am 6. Dezember 2004 verkündete, dass «der geplanten Einzonung keine Bestimmung des Raumplanungsrechts entgegenstehe». Rumley gibt zwar zu, dass gemäss Bundesgericht «die Ausscheidung projektbezogener Kleinbauzonen im Allgemeinen verfassungs- und gesetzwidrig» sei, weil sie «der Umgehung der Vorschriften über die Beschränkung des Bauens in der

Landwirtschaftszone» diene. Beim Landwirtschaftsland, das in Galmiz ausgeschieden werde, handle es sich «offenkundig» um «keine Kleinbauzone».

Selbst namhafte Bau- und Planungsjuristen wie etwa der ETH-Professor Urs Ch. Nef haben eine fundamental andere Meinung. Nef: «Es liegt auf der Hand, dass das ein Fehlentscheid ist – Da wird jegliche Planung ad absurdum geführt und die Raumplanung generell in Frage gestellt».

Der verdiente Landschaftsschützer Hans Weiss meint, früher habe man ein Flugzeug nehmen müssen, um eine Bananenrepublik zu besuchen. Heute müsse er dazu nur vor seine Haustüre treten. Inzwischen kümmert sich ein Aktionskomitee um den «Planungsunfug».

Schon früher ist Rumley dadurch aufgefallen, dass er sich in seinen Entscheiden kaum je für den Landschaftsschutz einsetzt, und da der Bock zum Gärtner gemacht wurde. Wie der Hase läuft, ist leicht auszumachen: Die US-Firma verspricht bis zu 1000 Arbeitsplätze, und in der Panik um die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Schweiz scheint gewissen Drahtziehern jedes Mittel recht, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dass die Arbeitskräfte dazu einfach aus dem Ausland herbeigeht werden können, scheinen diese Leute zu vergessen. Deshalb ist es so wichtig, dass ein solcher Unfug mit dem Referendum gegen den freien Personenverkehr mit den neuen EU-Staaten bekämpft wird!

Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf

Die «Helvetier» spinnen

Wozu soll denn die Öffnung erfolgen? Die Arbeitgeber sagen es klar und eindeutig: Die Löhne müssen runter! Darum will Economie Suisse (Verband der Schweizer Wirtschaft) 30 Millionen Franken in die Pro-Werbung buttern, falls ein Referendum zu Stande kommt... Was aber heisst das für unsere Sozialwerke? Durch immer mehr gut bezahlte Inländer, die entlassen werden, verlieren die Sozialwerke die guten Zahler. Gleichzeitig müssen immer mehr Arbeitslose, Ausgesteuerte und Sozialfälle finanziert werden; die Reserven schmelzen schnell dahin, wie der Schnee an der Sonne. Gleichzeitig werden die Einzahlungen der Beschäftigten massiv schrumpfen, denn kleinere Löhne heisst auch, weniger grosse Beiträge für unsere Sozialwerke. Der Bankrott unserer Sozialwerke kommt in Sichtweite! Nicht vergessen: Durch den Zustrom von immer mehr Menschen in unser kleines, dicht bevölkertes Land steigen alle Preise! Leben und Produzieren wird unweigerlich teurer, die Verarmung unseres Landes rückt in Sichtweite.

Die «Helvetier» spinnen (3)

Die Löhne müssen also runter! Dabei wird es immer mehr Arme und Sozialfälle geben. Unser Land wird nicht mehr sein, was es einmal war! Viele müssen mit weniger ja viel weniger oder gar nichts mehr auskommen! Was heisst das für unsere Gemeinwesen? Dörfer, Gemeinden und Städte erhalten

viel weniger Steuereinnahmen. Viele ihrer Angestellten müssen sie entlassen. Viele Aufgaben und Pflichten können nicht mehr im bisherigen Umfang wahrgenommen werden! Das wird schmerzen und das Bild unseres Landes in der Welt draussen total verändern. Es stellt sich auch die Frage, wie weit wir noch als Tourismusland bestehen können; von anderen Folgen soll schon gar nicht die Rede sein. Allerdings müssten Bundesrat und «Volksvertreter» genau diese Fragen dem Volke auf den Tisch legen und breit informieren. Das wäre Demokratie und erst dann müsste das Volk darüber abstimmen!

Die «Helvetier» spinnen (4)

Wenn in einer Gemeinde im Gemeindereglement ein oder zwei Paragraphen geändert werden müssen, gibt es eine Gemeindeversammlung. Es wird beraten, geschrieben, diskutiert und abgestimmt. Unser Land und unser Volk muss mit den Bilateralen II (Schengen/Personenfreizügigkeit u.a.) von der EU über 1000 Seiten EU-Gesetze übernehmen, die niemand kennt. Sogar die Räte zu Bern erhielten für ihre Beratungen keine Originale, sondern sehr kurzfristig eine 600-seitige bundesrätliche Ausgabe, die offenbar nur einige wenige National- und Ständeräte punktuell durchgeblättert haben. Sind wir Schweizer wahnsinnig geworden? Wo bleibt unser Demokratieverständnis, wo unser Wille zu Freiheit und Selbstbestimmung? Bei einem JA zu den

Bilateralen II müssten wir zudem alle kommenden Beschlüsse und Entscheidungen des EU-Parlamentes ohne Wenn und Aber vor allem aber ohne irgendeine Mitsprache annehmen und täglich umsetzen. Wirklich, die «Helvetier» spinnen!

Die «Helvetier» spinnen (5)

Die neuesten Angaben vom 28. Januar liegen vor: Die Zahl der Erwerbstätigen aus dem Ausland hat 2004 erneut um Tausende zugenommen! Heute sind es 817'000 Niedergelassene und Aufenthalter. Dazu kommen 251'000 Grenzgänger (10,4%) und Kurzaufenthalter. Dabei haben vor allem die Deutschen mit 7,9% zugenommen; sie stellen rund 84'000 oder 10,3% der ausländischen Erwerbstätigen... Warum aber sind in unserem Land

über 220'000 arbeitslos, weit über 300'000 ausgesteuert und Sozialhilfe-Bezüger? Sie beziehen für ihren Lebensunterhalt Gelder aus den Gemeindekassen (Steuergeld). Aber auch die IV ist mit über 8 Milliarden im Minus, jeden Tag kommen etwa 80–90 neue IV-Bezüger hinzu, davon sind über 50% Ausländer! Frage, ist unser Ausländeranteil nicht etwa 20%? Warum dann aber so hohe IV-Anteile? Was ist da faul im «Staate Dänemark»? Das Volk wird doch total einseitig informiert und somit angelogen. Ausgesteuerte und Arbeitslose gehören in den Arbeitsprozess, bevor die Grenzen geöffnet werden... Oder geht es nur darum, «billige» Arbeitskräfte zu holen? Darf gefragt werden: Für wen billig und wer zahlt letztlich die Sauce?

Viel Gunst für schlechte Kunst



«Eine Vase aus der Han-Dynastie fallen lassen», 1995, Fotosequenz

Ai Weiwei ist gemäss dem Mitteilungsblatt der Kunsthalle Bern einer der wichtigsten zeitgenössischen Künstler. Als Höhepunkt seines künstlerischen Schaffens lässt er eine wertvolle Vase aus der Han-Dynastie fallen und sich dabei ablichten. Die Kunsthalle Bern verkauft diesen Unsinn als «historische Momentaufnahme».



Kanton Aargau












Grossratswahlen 27. Februar 2005

SD Aargau eröffnen Wahlkampf und nehmen kein Blatt vor den Mund

Die Parteileitung der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau hat am 6. Januar 2005 in Hun-

zenschwil im Beisein der Kandidaten offiziell den Wahlkampf eröffnet. Die Anwesenden gedachten zudem in einer Schweigeminute der vielen Opfer und immer noch vermissten Menschen des Seebebens in Südostasien.

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 AG	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West Fricktal	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau Stammtisch jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Sonne, Eiken
 BL	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
 BS	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
 BE	Stadt Bern Sektion Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof, von May-Strasse 43, Thun
 LU	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
 SG	Sektion Wil und Umgebung Stadt St. Gallen	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil Stamm am 23. Februar ab 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen an der Rorschacherstr. 109 in St. Gallen
 OW  NW	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
 ZH	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Linde, Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn) Am 1. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (Endstation Tram Nr. 2)

«Geschlossenheit und Miteinander» – mit dieser Grundeinstellung werden die SD Aargau den Wahlkampf bestreiten und auf politische Themen eingehen, welche die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen und bedrücken. Ebenso werden die SD gegenüber anderen Parteien kein Blatt mehr vor den Mund nehmen – das heisst im Klartext, dass die SD einen harten, aber fairen Wahlkampf führen werden. In einer angeregten Diskussion wurden sodann die wichtigsten Wahlkampfthemen beschlossen:

Arbeitslosigkeit: Jeder Einwanderer nimmt einem Schweizer die Arbeit weg.

Einwanderung: Wer sich nicht integrieren will, hat bei uns nichts verloren.

Umweltschutz: Einwanderung zerstört die Umwelt.

Sicherheit: Raser und andere Kriminelle gehören ins Gefängnis – Sicherheit der Bevölkerung muss wieder gewährleistet werden.

SD des Kantons Aargau, R. Kunz, Kantonalpräsident

SD-Liste 8 unverändert

Wichtig: Wir bitten Sie, keine Kandidaten anderer Parteien auf unsere Liste zu schreiben – diese Stimmen gehen uns verloren.

Hannes Steffen und
Rudolf Keller danken
Frau F.M. wiederum
für die grosszügige Spende!


Kanton Bern






Schweizer Demokraten
Regionalgruppe:
Bern Oberland

Effizient hat die Berner Oberländergruppe zuverlässig den wohl grössten Versand, der jemals von den Schweizer Demokraten (SD) von Hand versendet wurde, über die Bühne gebracht. Wir danken den jungen Leuten für Ihre Arbeit im Kampf um unsere Heimat! Weiter so...


Kanton Basel-Stadt


Einzige Mahner: Die Schweizer Demokraten (SD)

Gescheiterte Ausländerintegration in Basel

In der Politik ist es wie im Sport: Rennen werden oft am Start gewonnen. Obwohl schon in den sechziger Jahren ein Grossteil der Gastarbeiter erklärte, längere Zeit in der Schweiz bleiben zu wollen, versäumte es eine Basler Kantonsregierung nach der anderen, integrative Massnahmen zu ergreifen. Mahner von der damaligen Nationalen Aktion (NA) wurden in die Wüste geschickt.

Zu keinem Zeitpunkt wurden den Ausländern eigene Integrationsbemühungen abverlangt. Die Folgen sind heute vor allem in Kleinbasel unübersehbar. Aber plötzlich sprechen nun alle Parteien von «Integration». Wir nahmen dieses Wort aber als Erste in den Mund, bereits vor 40 Jahren. Daher wurden wir noch hundsgemein als «Fremdenhasser» titulierte.

Blicken wir kurz zurück: Die Italiener kamen ab 1960 massenweise in die Schweiz. Und in Basel machte sich niemand Gedanken darüber, wie eine wachsende Gruppe grösstenteils ungebildeter Arbeiter in unserem hochindustrialisierten Land leben sollte. Je mehr Ausländer Ende der sechziger Jahre in die sanierungsbedürftigen Altbauten einzogen, desto stärker beschleunigte sich der Abwanderungsprozess der noch verbliebenen Schweizer. Die ersten Migranten-

viertel entstanden, vor allem in Kleinbasel.

Viele bürgerliche und rot-grüne Politiker kommen jetzt reichlich spät mit der Frage, «ob es nicht besser wäre, die Fabriken zu den Menschen zu bringen, anstatt Menschen in andere Kulturkreise zu verpflanzen». Eben diese Frage haben Vertreter der Schweizer Demokraten (der damaligen Nationalen Aktion) schon seit 1968 im Basler Grossen Rat gestellt. Die Bürgerlichen und die Links-Parteien setzten aber auf die gemeine Verpflanzung der Menschen.

Nun liegt das Kind im Brunnen, und kein Reuebekenntnis der Schuldigen (von CVP über SP bis zur SVP) kann daran noch etwas ändern.

Die Frage darf und muss gestellt werden: Wer hat den Profit aus den oftmals sehr billig arbeitenden Gastarbeitern gezogen? Die Grossindustrie konnte ihre Umsätze dank den kostengünstigen Ausländern erhöhen und stark ausbauen. Auf Kosten der einfachen Schweizer Bevölkerung, die mit den Folgekosten (95 Prozent Ausländerkinder in Schulklassen in Kleinbasel, Überfälle durch Asyl-Touristen, Mord und Vergewaltigung durch Ausländer usw.) nun allein gelassen wird.

*Eric Weber, e. Grossrat
(Basel-Stadt)*

Parolen zu den kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 27. Februar!

Nein zu einem Ausländer-Ghetto in der Erlenmatt und zwei Mal Nein zur drohenden Privatisierung der BVB!

In diesen Tagen sind die Stimmberechtigten von Basel-Stadt aufgerufen – ihrem Stimmrecht nachzukommen. Auch wir bitten Sie, die Abstimmungsunterlagen auszufüllen, da es sich um wichtige Entscheide für den Kanton und dessen Bewohner handelt.

Wir Schweizer Demokraten haben uns betreffend der ersten beiden Vorlagen, resp. für die damaligen Referenden, voll engagiert. Einerseits beteiligten wir uns mit vollem Einsatz an den Unterschriftensammlungen (damit es überhaupt zu den Abstimmungen kommt und der Souverän auch entscheiden kann!). Andererseits engagieren sich SD-Parteimitglieder in den entsprechenden Abstimmungskomitees (mit Standaktionen, Flugblätter verteilen usw.). Deshalb empfehlen wir Ihnen:

Erlenmatt-Total-Überbauung – Nein!

Die deutsche Immobilienfirma Vivico GmbH will auf dem ehemaligen DB-Güterbahnhofareal mit 200'000 m² Terrain 700 Wohnungen für 2000 Personen erstellen lassen. Es handelt sich hierbei um 6- bis 7-stöckige Gebäude! Wer wird wohl dort in teure Wohnungen einziehen? Gute Steuerzahler wohl kaum, sondern Ausländer und Sozialfälle (wenn das Sozialamt deren Mieten bezahlt). Wenn das Volk in der Abstimmung hingegen Nein sagt, kann dieses Projekt demokratisch angegangen werden. Dann kann auch über die Zukunft der Erlenmatt breit diskutiert werden. Es ist auch wichtig zu wissen, dass die deutsche Seite dieses Gelände keinesfalls – wie immer wieder gemunkelt wird – als LKW-Abstellraum umnutzen kann, da dieses Terrain vertraglich als Bahngelände ausgeschieden ist und als solches nun nicht mehr benötigt wird. Basel-Stadt könnte in der Folge diesen Vertrag mit einer 5-jährigen Frist kündigen und hernach das Gelände zu einem angemessenen Betrag kaufen (Es handelt sich hierbei um heute nutzloses Bahngelände und nicht um Bauland!). Erst eine spätere Umzonung würde dieses Land wirklich zu (teurem) Bauland machen.

BVB-Vorlagen – 2 x Nein!

Wir wollen keinen Dienstleistungsabbau bei den Basler Verkehrsbetrieben. In andern Städten hat das Modell der (Teil-)Privatisierung/Auslagerung (z.B. im Kanton Luzern mit der Regionalbusfirma Auto AG Rottal oder auch ähnliche Machenschaften in der «Weltstadt» London Schiffbruch erlitten. Wir wollen den Fahrplan nicht ausdünnen lassen, und in den Aussenquartieren von Basel soll auch in Zukunft ein kundenfreundlicher öffentlicher Verkehr erhalten bleiben. Auch die Post hat inzwischen vielerorts kleinere Poststellen geschlossen. Und bleiben wir bei Fakten und der Wahrheit: In Paragraph 13 und 14 des BVB-Organisationsgesetzes ist denn auch vorgesehen, dass die Bedingungen des Personalgesetzes durch einen Gesamtarbeitsvertrag ersetzt werden können und die BVB aus der kantonalen Pensionskasse austreten kann.

Achtung: Das sogenannte «Einvernehmen mit den Personalverbänden» bedeutet nicht deren Mitbestimmung, sondern lediglich deren Information und Anhörung. Auf eine solche (nur noch total gewinnorientierte) Politik verzichten wir gerne!

Neues Gastgewerbe-Gesetz Ja! (das kleinere Übel!)

1996 wurde die «Polizeistunde» durch eine Volksabstimmung aufgehoben. Dieser Entscheid hat sich aber nicht bewährt, da insbesondere in Wohngebieten immer neue Gastro-Betriebe aller Art entstanden sind (Nachtklubs, Bars, Imbiss-»Buden«, usw.). Die Wohnbevölkerung wurde dadurch immer mehr gestört, sodass nunmehr eine Neuordnung erforderlich ist. Wochentags müssten Gastro-Betriebe mit dem neuen Gesetz spätestens um 1.00 Uhr, am Wochenende um 2.00 Uhr schliessen. Längere Öffnungszeiten wären möglich, aber nur mit einer Sonderbewilligung, die im Einvernehmen mit der Nachbarschaft von der zuständigen Behörde ausgestellt wird.

Kantonalvorstand Basel-Stadt

Im Gedenken

Alberto Bauer, Basel

Wenn auch mit etwas Verzug – so kommen meine nachfolgenden Zeilen doch von Herzen...

Im letzten Oktober nahmen in einer grossen Trauergemeinde auch einige Schweizer Demokraten von unserem lieben Freund Alberto Bauer im «Hörnli» für immer Abschied. Umrahmt wurde die Bestattungsfeier mit verschiedenen musikalischen Beiträgen, so u.a. auch von einem bolivianischen Musiker mit seinen unvergesslichen Melodien auf der Panflöte.

Alberto erreichte bei einer ausserordentlich guten Vitalität 90 Lebensjahre. Bis zu seinem plötzlichen Tod war er geistig sehr rege und immerzu interessiert an gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Themen. Einen Grossteil seines Lebens verbrachte er als Kaufmann in Südamerika, wobei die längste Zeitdauer in Bolivien. Ein Leben lang pflegte

er dorthin freundschaftliche Kontakte mit vielen Menschen und Organisationen. Alberto war – nebenbei bemerkt – auch regelmässig auf dem Flugfeld Schupfart anzutreffen, wo er bis ins hohe Alter dem Segelflugtraining nachging.

Alberto war ein echter Eidgenosse, der seine Heimat innigst liebte. Wenn es ums Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden ging oder das Stellen von treffenden Fragen an Podiumsdiskussionen, Alberto war immer aktiv mit dabei.

«Lieber Alberto, Du warst nicht nur als Patriot, sondern auch als Mensch mit Deiner ausserordentlichen Sozial-Kompetenz für uns alle ein Vorbild. Wir danken Dir für Dein Engagement und werden Dich in guter Erinnerung behalten».

Markus Borner,
Präsident SD-BS



Kanton Zürich



Rassismus-Keule

"Das freie Wort"



25.9.94: Rass.-Abstimmung - der grosse Volksbetrug.

Gestaunt hat der Ustermer SD-Gemeinderat Werner Kessler, als er von der Kantonspolizei vorgeladen wurde: Auf dem Posten wurde ihm erklärt, es sei eine Strafanzeige wegen Rassismus gegen ihn erstattet worden. Stein des Anstosses ist offenbar ein politisches Flugblatt, das zu den umstrittenen Einbürgerungsvorlagen vom 26. September 2004 Stellung bezogen hat. Das Blatt ist in einer Auflage von 70'000 Exemplaren im ganzen Zürcher Oberland gestreut worden – mit dem Ustermer Postfach der Schweizer Demokraten als Absender. Dieses Postfach läuft auf den Namen von Werner Kessler, Vorstandsmitglied der SD des Bezirks Uster. «Mir ist überhaupt nicht klar, warum nun dieses Flugblatt gegen das Antirassismusgesetz verstossen soll...», wundert sich Kessler. Inhaltlich geht es um die «Verschleuderung des Bürgerrechts», die «Plünderung der Sozialwerke», das «multikulturelle Chaos an den Schulen» und um die «zunehmende Einwanderung trotz hoher Arbeitslosigkeit». Angegriffen werden die Regierungsparteien, die für die angeprangerten Missstände die Verantwortung tragen. Mit dem Flugblatt wurden Unterschriften gesammelt für die Initiative zur Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten.

Missbrauch des ARG?

Eingereicht wurde diese kuriose Strafanzeige von Kantonsrat Martin Kull aus Wald. Werner Kessler hat bei diesem SP-Politiker direkt nachgefragt, was denn an einem solchen Flugblatt rassistisch sein soll, aber keine klare Antwort erhalten. So wie es aussieht, wurde diese Strafanzeige also eingereicht, um einen politischen Gegner zu schikanieren. Das wäre dann nicht ganz im Sinne des Antirassismusgesetzes. Dieses ist sein-

erzeit im September 1994 vom Stimmvolk angenommen worden, weil damit ein Instrument geschaffen werden sollte, um die üblen Aktivitäten der sogenannten Ausschwitz-Leugner (also jener, die den Holocaust verharmlosen) und von Leuten, die gegen irgendwelche Rassen oder Völker hetzen, in die Schranken zu weisen. Was ganz klar nicht der Zweck des ARG sein soll, ist die Einschränkung der politischen Diskussion. Beispielsweise ist Kritik an der Schweizer Asyl- und Einwanderungspolitik trotz ARG gestattet. Wenn also jemand der Meinung ist, die Zuwanderung von Menschen aus fremden Kulturen müsse beschränkt werden, dann hat er das Recht, diese Meinung zu vertreten. Die Gegner des Antirassismusgesetzes hatten damals davor gewarnt, das ARG würde zum «Maulkorb» und in der Praxis dazu missbraucht, Andersdenkende einzuschüchtern, indem man sie vor den Kadi zerrt.

Nächster Schritt?

Das von Martin Kull kritisierte Flugblatt ist vom Vorstand der SD des Bezirks Uster ausgearbeitet worden. «Wir haben nicht irgend eine bestimmte Rasse oder Kultur angeschwärzt und die einzelnen Aussagen stützen sich auf bekannte Tatsachen; etwa auf die Kriminalstatistik, aus der klar hervorgeht, dass im Strafvollzug über 80 Prozent Ausländer sitzen; und dass Männer aus Osteuropa (die Rede ist von Männern; Frauen sind ausdrücklich nicht «mitgemeint») hier um ein mehrfaches krimineller sind, als andere hier ansässige Männer.» Die Schweizer Demokraten fragen sich, was wohl als Nächstes kommt: «Wir wehren uns auch gegen den Beitritt der Schweiz zum Schengen-Abkommen und gegen die Personenfreizügigkeit für die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten aus dem ehemaligen Ostblock. Unter der Politik der Regierungsparteien werden einmal mehr die Arbeitnehmer leiden. Es ist ja eigentlich seltsam, dass die Sozialdemokraten sich nicht mit aller Kraft gegen diese gefährliche Entwicklung wehren. Wir lassen uns nicht einschüchtern und rechnen damit, erneut angezeigt zu werden.» *afs*



Kanton Basel-Land



Die SD zur häuslichen Gewalt

Die Schweizer Demokraten haben von den vorgeschlagenen, verschärften Massnahmemöglichkeiten bei häuslicher Gewalt Kenntnis genommen. Einerseits ist es leider so, dass die häusliche Gewalt infolge negativer gesellschaftlicher Entwicklungen zugenommen hat, andererseits wird das ebenso wichtige Thema der psychischen Gewalt grösstenteils ausgeblendet. Mit den «Fäusten» sprechen in diesem Zusammenhang vor allem Männer, in seinen Auswirkungen gerade so schlimmer «psychischer Terror» wird vor allem von Frauen angewandt. Beides ist verwerflich und darf in unserer Gesellschaft nicht toleriert werden. **Leider ist das vorgeschlagene Gesetz vor allem auf die männerlastigen Problemfelder ausgerichtet, auf die frauenlastige Seite wird kaum eine Antwort gegeben.**

Gänzlich vermissen wir in der Vernehmlassung eine selbstkritische Feststellung der Regierung, dass es sich bei häuslicher Gewalt vor allem um ein Ausländerproblem handelt. Gemäss einer Zürcher

Studie bei 1000 Betroffenen liegt der Ausländeranteil bei den Tätern bei 65 Prozent. Millionen und Abermillionen von Franken müssen auch in diesem Bereich als Folge der verfehlten Ausländerpolitik von den Steuerzahlenden aufgebracht werden. Wir vermissen daher gesetzliche Bestimmungen, welche diesen Tatsachen Rechnung tragen, und denken dabei an Integrationsmassnahmen, Vermittlung unseres gesellschaftlichen Lebensstils, Bezahlung der durch häusliche Gewalt entstehenden Kosten durch diejenigen, welche Ausländer ins Land holen usw. Diese Komponenten müssten im neuen Gesetz auch festgelegt werden.

Das Gesetz betreffend die Wegweisung und das Betretungsverbot sowie Polizeigewahrsam bei häuslicher Gewalt ist zwar gut gemeint, aber in sich nicht ausgewogen und männerfeindlich! Aus diesen Überlegungen können die SD dem Gesetz und Dekret nicht zustimmen.

Rudolf Keller, Landrat,
e. Nationalrat, Frenkendorf

SD 



Nicht korrekt, Herr NR Spuhler

SVP-Nationalrat und Bahnunternehmer Spuhler aus Bussnang im Thurgau sagt in einer Boulevard-Zeitung (14.1.05): «Hätten die Angstmacher Recht gehabt, würden seit Mitte 2004 Arbeitskräfte aus der EU gleich zugs- und carweise eingeschleust. Passiert ist nichts dergleichen...» Diese Aussage ist nicht nur fragwürdig, sie entspricht überhaupt nicht der Wahrheit! Gerade Herr Spuhler, der Bahnfachmann weiss das ganz genau. Seit wenigen Jahren hat die Mittelthurgaubahn Schnellzüge eingeführt. Aufschlussreich ist deren Einsatz; sie führen von Konstanz nach Zürich und heute bis nach Biel. Angefangen hatte dies unter Regierungsrat Lei mit drei Schnellzügen am Morgen und drei am Abend von Zürich zurück nach Konstanz. Heute verlassen

Konstanz Richtung Zürich und Biel pro Tag 14 Schnellzüge, dabei sind modernste Neizezüge, und der erste verlässt Konstanz um 6.03 Uhr. Bald kommen auch die Tragflügelboote von Lindau und Friedrichshafen nach Konstanz als Zubringer in den Einsatz. Es ist ganz klar, hier kommen die billigeren Arbeitskräfte aus dem EU-Raum in die Industriegebiete der Nordostschweiz. Gleichzeitig aber haben wir immer noch mehr Arbeitslose (162'000) und die Zahl der ausgesteuerten Sozialgeldbezügler wächst und wächst (mehr als 300'000). Seit Mitte 2004 haben EU-Arbeitskräfte in der Schweiz «gleich lange Spiesse» wie Einheimische – die Zahl der Schwarzarbeiter und die Zahlen der Illegalen haben in dieser Zeit massiv zugenommen, vor allem im Gewerbe. Dies bestätigen nicht nur die Ämter, auch die Gewerkschaften klagen. Wenn nun alle Grenzen und Personenkontrollen fallen sollen und alle können kommen, aus EU- und EU-Ostländern, «Gnad Gott dem Bützer...» Die Löhne werden massiv fallen, alles wird infolge Nachfragesteigerung teurer – vor allem der Wohnraum, und bald schon muss der einfache Schweizer fragen: Wohin Herr Spuhler, soll ich auswandern?

R. Locher, Frauenfeld

Nach Verursacherprinzip finanzieren

Da wir in der Schweiz zur Zeit ungefähr 80 Prozent nicht erneuerbare Importenergie verbrauchen, müssen wir unsere Sozialwerke zukünftig über deren Verbrauch nach dem Verbraucher- und Verursacherprinzip finanzieren und nicht über immer mehr Lohnprozente oder noch mehr Mehrwertsteuer. Die fossilen Rohstoffe Erdöl, Erdgas und Kohle werden bei der Kunststoffproduktion viel ökonomischer-ökologischer gebraucht als wenn sie als Treibstoff oder Brennstoff verheizt werden. Mit Kunststoffen können wir aber durch Isolationen bei Gebäuden und Gewichtsreduktion bei Fahrzeugen viel Energie sparen. Daher ist es besser für die Zukunft, wenn wir unsere Renten und Sozi-

alversicherungen über Zuschläge auf nicht erneuerbare Energien finanzieren als über Lohnabzüge oder Mehrwertsteuern. Da es zu fossilen Brenn- und Treibstoffen umweltfreundliche erneuerbare Alternativenergien gibt, die in der heutigen Zeit noch den Arbeitsmarkt positiv beeinflussen, zu mehr Eigenwirtschaftlichkeit und weniger Abhängigkeit führen, ist es höchste Zeit für eine Initiative, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei den Lohnnebenkosten (AHV/IV/EO/ALV) entlastet und den Konsum von nicht erneuerbaren Energieträgern und Rohstoffen belastet. Die eigenwirtschaftliche Alternative zur Sicherung der Sozialversicherungen.

Pius Lischer, Oberrüti

Ein schlechter Traum?

Sämtliche Thurgauer National- und Ständeräte, mit Ausnahme von NR A. Baumann, haben in Bern unmittelbar vor Weihnachten beschlossen, Schengen und der Per-

sonnenfreizügigkeit mit den EU-Oststaaten zuzustimmen. Damit unterstellen wir unsere direkte Demokratie und unsere Freiheit über tausend Seiten EU-Recht, das wir

ohne Wenn und Aber nachvollziehen müssen. Dieser unwürdige Kolonialvertrag, der zudem jederzeit von Brüssel verändert, erweitert und vergrössert werden kann, bedeutet für die freie Schweiz «fremdes Recht und fremde Richter», als wäre unser Land eine Kolonie von Brüssel ohne Mitspracherechte und mit totaler Fremdbestimmung. Sind die Damen und Herren in unseren Räten überhaupt noch «bei Troste»? Die hoch gejubelten EU-Vorteile (für wenige) können doch niemals so gewaltig sein, dass sich solches Knechtentum je lohnen könnte. Dabei hatte doch der

Bundesrat noch 1999 festgehalten, dass Verhandlungen über Schengen «nicht in Frage kommen» weil dabei unsere Freiheit und Unabhängigkeit massiv unter die EU-Räder kommen. Jetzt behauptet Herr Deiss das Gegenteil! Ist das nicht eine Tragödie für das ganze Land? Was aber ist mit unseren National- und Ständeräten? Viele Bürger kneifen sich in den Arm, weil sie glauben, nicht ganz wach zu sein und schlecht zu träumen. Bei genauer Betrachtung aber glauben immer mehr Menschen, unsere Parlamente hätten versagt!

Johannes Schär, Frauenfeld

Eidg. Kommission gegen Rassismus, wozu?

Vor der entsprechenden Abstimmung sagte der damalige Bundesrat Koller, eine strikte Handhabung der zukünftigen Rassismustrafnorm sei nicht vorgesehen. Nach gewonnener Abstimmung wurde jedoch blitzartig die an Einseitigkeit nicht zu überbietende Eidg. Kommission gegen Rassismus gebildet. Entgegen Kollers vorherigen Versprechungen wittern nun willfähige Staatsanwälte selbst in belanglosen, wahrheitsgemässen Äusserungen Rassismus. Die Kommission gegen Rassismus und ein Netzwerk verwandter Organisationen (aus der Bundeskasse finanziert) sehen sich als Beschützer anderer Rassen, Ethnien und Religionen: Unter www.gra.ch ist nachzulesen, dass sich in der Schweiz in diesem Jahr 90 (neunzig!) Fälle von Rassismus ereignet haben, u.a. fünf Einbürgerungsverweigerungen, elf Diskriminie-

rungen, ein Fall von Leugnen des Holocaust usw. Warum keine Auflistung der sehr viel gravierenderen und weit zahlreicheren Verbrechen wie Morde, Raubüberfälle, Messerstechereien, Einbrüche oder Drogenhandel, durch Angehörige anderer Ethnien und Rassen verübt und mit Schweizern als Opfer? Weil die Kommission gegen Rassismus in Wirklichkeit ein Instrument zur Einschüchterung und Diffamierung aller, die den Multikulti-Wahn öffentlich ablehnen, ist. Wander: Die Betreuung illegaler Einwanderer und Asylanten ist ein lukratives Geschäft, das sich deren Nutzniesser nicht vermiesen lassen wollen. Warum keine Kommission, die uns Schweizer vor kriminellen Angehörigen anderer Rassen und Ethnien sowie vor der Eidg. Kommission gegen Rassismus schützt?

Otto Weiersmüller, Uetikon

Unterschreiben, damit das Volk das letzte Wort hat

Ständerat Fritz Schiesser hat an einer überparteilichen Podiumsdiskussion im Glarnerland gesagt, das Volk habe immer das letzte Wort, auch wenn man wieder ansteigen möchte. Genau dies wollte das Parlament verhindern, indem es die Bilateralen II im Eiltempo durchgeboxt und überdies beschlossen hat, die Verträge nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Die hunderttägige Referendumsfrist wurde willkürlich um zwei Wochen verkürzt, indem der Bundesrat den Beginn der Referendumsfrist auf den 21. Dezember festgesetzt hat. Über Weihnachten/Neujahr können aus ver-

ständlichen Gründen keine Unterschriften gesammelt werden. Nur Dank der SVP, der AUNS und den Schweizer Demokraten wird es möglich, dass das Schweizer Volk zu diesen wichtigen Verträgen Stellung nehmen kann. Es sollten darum all jene die Referenden unterstützen, die an den Rechten der direkten Demokratie festhalten wollen. Wenn mindestens 50'000 Unterschriften zusammenkommen, muss der Bundesrat seinerseits im Eiltempo das Bundesbüchlein und die Stimmunterlagen an die Stimmberechtigten verteilen lassen.

Jakob Kubli, Netstal

**Buchhaltungen
Steuererklärungen**
- Private - Geschäfte
Gründungen (GmbH/AG)
Erb­sachen
Betriebsberatung + Treuhand
Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52

Staatsformular	festes Verhaben Stadt in Italien	Vortrag Sachgeb. Public Relations Abt.			
Frühlingsbitume erforderl. Menge					3
		Vokal			
Abbau, Verfall franz. in		persönl. Fürwert Nachfolger, Abt.	Schriftart		
	Fluss im Südtirol Fluss d. München	leistungsfähig Form von haben	Vokal		
Meeresbuch... CH Kant. Abt.	Fluss in Argentinien persönl. Fürwort	Fussglied Währung in Israel	Vokal		
Wassergefäss Postsendung			längl. Vertriebsweg	Ton-silbe ent-kernen	
Frauenname	kaufm. Rechnungsf. Opern-lied			Kontenabschluss Ergebnis unverzüglich Übel, hässlich	1
	Fluss in Italien kurz: in dem	Zeitpunkt Vokal		Mittlaut	Vokal
	Fluss in Russland	Keimzelle Zwei Vokale	8. Buchstabe	unbest. Artikel Militärbesatz, Nr.	
Fluss in Rumänien engl. Autor	grasses Gewässer Vokal	ehrenhaft anständig engl.: Bär		Musikstil 20. Buchstabe	Fluss in Irland Mittlaut
	abgef. trockene Blätter		engl.: Fisch Buchausgabe	Zweck. Bedeutung	
	Lehrer v. Berthold Höfen in Harzto				
	CH Kant. Abt.	Stadt in d. Türkei Fragewort	1/2 von Martin chem. Post, Abt.		
				CH Kant. Abt.	5
	Werviel-fältigung dt. Autor	Bodenort Mittlaut			

B	S	N	
M	U	T	T
M	E	R	I
L	E	G	A
A	U	E	A
C	R	U	N
P	H	I	N
T	F	B	O
M	U	T	I
R	A	S	
S	C	H	L
R	A	T	
R	A	S	
K	A	N	T
H	A	T	
R	E	I	
F	E	P	
R	U	E	F
U	N	G	
S	E	I	
N	E	M	E
S	O		
I	A	H	
N	E	T	S
C	H	E	F
F	E	A	A
K	O	S	E
N	A	M	E
T	H	U	N
T	I	T	U
U	S		
A	N	T	E
A	E	B	
F	I	N	D
A	U	K	U
E	A	R	
A	E	B	L
L	D	I	T

Lösungswort: PFEFFERSPRAY

Gewinnen Sie im Februar:
1. bis 3. Preis: Je ein Jahresabonnement vom Schweizer Demokraten
oder
Anrechnung an eine Steuerberatung bei Auf der Maur, Treuhand 8604 Volketswil

Gewinner des letzten Rätsels aus der SD-Oktober 2004-Ausgabe:

- 1. Preis: Werner Boll, 5024 Küttingen
- 2. Preis: Roger Günthert, 4153 Reinach
- 3. Preis: Wolfried Schoch, 8600 Dübendorf

Lösungswort und Absender auf Postkarte schreiben und einsenden an:

Schweizer Demokraten SD, Kreuzworträtsel, Postfach 140, 3655 Sigriswil

Einsendeschluss ist Samstag, 25. Februar 2005 (A-Post) – Viel Glück!

Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

L ö s u n g : 1 2 3 4 5 6 7

Liebe SD- und Rätselfreunde

Ich hoffe, Ihr habt alle das neue Jahr gut gestartet. Für unsere Partei- und Gesinnungsfreunde gab es ja schon einige Arbeit. Es gilt nun mit unserem Referendum möglichst viele zu überzeugen, für unser Land einzustehen. Damit meine ich nicht nur, sich mit grossartigen Taten zu brüsten, sondern auch kleine Zeichen wie eine Unterschrift – und vor allem den Mut zu seiner eigenen Meinung zu stehen – kundzutun. Jetzt gilt es im Umfeld klar die Probleme beim Namen zu nennen, und somit auf eine geplante weltweite Fremdbestimmung zu sensibilisieren. Wollen wir denn unsere Freiheit aufgeben?

Wollen wir einem künftigen EU-Beitritt die Türen öffnen? Ich denke, dass eine Idee zuerst einmal in einem einzelnen Kopf entsteht. Auch eine so grosse, wie die Welt alleine zu beherrschen. Um aber ein solches Konzept in die Wirklichkeit umzusetzen, braucht es viel mehr. Es braucht Leute, die mitspielen. Es braucht Situationen, die unsere latente Epi-Kultur fördern. Die dem indoktrinierten Drang auszubrechen Raum geben. So überlege ich mir jeweils sehr genau, wo und in welcher Form es ein sinnvolles Spiel ergibt. Ich wünsche mir, dass dies noch viele andere tun werden. Und dass wir alle fähig sind, mit wohlüberlegten Aktionen den Weltfrieden und unsere Rechte zu fordern. Denn wir sind frei entscheidende Bürger. Ganz

nach dem Motto: «Für Frieden kann nicht gekämpft werden; er ist nur zu leben!»

Neues Rätsel

So durfte ich auch diesen Monat ein Rätsel entwerfen. Ich konnte Herrn Friedrich Auf der Maur als Sponsor gewinnen. Herr Auf der Maur führt ein eigenes Treuhandbüro in Volketswil. Steuererklärungen und Buchhaltungen sind seine Spezialität. Übrigens ist Herr Friedrich Auf der Maur SD-Kantonalpräsident im Kanton Zürich. Den fleissigen SD-lern also ein Begriff. So kann direkt bewiesen werden, wie stark wir gemeinsam sind. Eine Zusammenarbeit zwischen Gleichgesinnten ist sicher erstrebenswert.

Selber anpacken

Wer nun also selber auch Lust bekommen hat, sich ein Rätsel gestalten zu lassen, ist herzlich eingeladen, dies mit wissen zu lassen. Gerne gebe ich Ihnen persönlich Auskunft über dieses Angebot. Über eine Kontaktaufnahme unter Tel. 033 251 05 34 oder schriftlich unter Schweizer Demokraten, Postfach 140, 3655 Sigriswil, freue ich mich. So wie ich mich freue, wenn genügend Unterschriften zum laufenden Referendum zusammengetragen werden, so dass wir den selbsternannten «Grossen» die Stirn bieten können. Für heute bleibt mir noch Euch einen guten, starken Monat zu wünschen, und schickt mir doch viele Postkarten mit richtigen Lösungen!

Barbara Zbinden, Sigriswil



L'argent, nouveau tsar incontesté de l'économie mondiale



Mary Meissner,
Vernier

Le Conseil fédéral pourtant formé de citoyens suisses qui ont été plébiscités lors de votations populaires, se conduit, concernant les accords de Schengen-Dublin, comme la Douma soviétique anti-démocratique. 750 conseillers en communication ont été engagés pour développer l'information (je dirais plutôt la désinformation), dont une longue liste de personnalités qui, au cours des prochains mois vont vanter, dans les médias, les avantages de ces accords. Et ceci pour la somme de 82 millions de francs encaissés par le biais de nos impôts. C'est un vol organisé en faveur de l'économie de marché. En effet dans l'UE entre 1975 et 2002, les salaires ont diminué de 11 % alors que les profits de l'économie et de la finance augmen-

taient de 60%. Ceci montre que les salariés ne profitent plus de la croissance et doivent en plus, payer des impôts et autres taxes au capital qui peut rémunérer les investisseurs. Lors des rassemblements comme le G8 ou le WEF, les décideurs prétendent qu'il suffirait de 20% des actifs pour faire marcher le commerce mondial. L'objectif de cette société globalisée est donc d'arriver à ce que 20% de la population détiennent le pouvoir et les richesses, alors que 80% devraient se contenter du «tittytinement» mélange de nourriture en suffisance et de divertissements abrutissants. On est déjà sur la bonne voie face aux licenciements massifs, aux délocalisations dans les pays à bas salaires, et à la dégradation qualitative des présentations culturelles.

D'autre part, ce n'est pas le marché qui est libre comme on le répète à longueur d'année, mais c'est le capital pouvant s'investir où, quand et comment ça l'arrange. C'est pourquoi la Suisse avec sa démocratie directe dérange les puissants et son secret bancaire agaçe encore

plus. Il est nécessaire de surveiller les agissements de nos autorités, vu que l'un après l'autre, nos conseillers fédéraux acceptent l'inéluctable but des Bilatérales comme une entrée dans l'UE par la petite porte. Il faut croire que la situation mondiale exige le plus rapidement possible cette adhésion s'il est nécessaire de dépenser 82 millions de francs pour suborner les citoyens. Ceux qui iront voter oui à la libre circulation des personnes et à la suppression des frontières = Schengen-Dublin, ont-ils pensé que cela leur coûterait leur boulot, leur aide sociale et leurs rentes? Pourquoi devrions-nous accepter sans rien dire ou faire, une paupérisation programmée, un chômage en augmentation et l'abrutissement de divertissements de plus en plus débiles?

Les bien-pensants (on devrait dire les mauvais pensants) prédisent qu'en voulant garder nos prérogatives, notre pays serait définitivement rejeté et ignoré des mondialistes. Mais serait-ce mieux de se diluer dans une masse amorphe, téléguidée, et exploitée? Le statut

de moutons de Panurge est-elle si enviable lorsqu'en désespoir de cause, ils vont se suicider collectivement?

On voit déjà cette tendance dictatoriale en écoutant les censeurs de la pensée unique qui refusent tout écrivain ne s'engageant pas à lutter en faveur de leurs idées de gauche-caviar, les procès inhumains engagés contre les chercheurs de la vérité historique ou les critiques soulignant les erreurs catastrophiques d'Israël.

Je me demande ce qu'il adviendra de la bonne marche du monde, lorsque les pauvres n'achèteront plus les produits des riches? Ceux-ci inventeront-ils des robots qui mangent et ont besoin d'aspirateurs? Ou bien laisseront-ils crever les sidaïques, les pestiférés, les lépreux pour retrouver plus d'espace vital nécessaire à leur bien-être exagéré de rois et d'empereurs?

Revenons-nous à la fin du Moyen Age lorsque les populations durent se battre pour obtenir un Etat de Droit sans seigneurs armés et omnipotents?

Détournements à l'ONU

L'Organisation des Nations unies se compose à Genève de plusieurs magnifiques bâtiments groupés au même endroit et autour du Palais des Nations on admire le beau bâtiment en verre bleu de l'OMPI, les autres étant plus discrets comme l'OMS, l'OMM, l'UIT, le BIT, et toutes les ONG, dont l'UNESCO, l'UNICEF et j'en passe. Ajoutez à cela le superbe édifice de la Croix Rouge, et en plus discret celui de la ligue des Croix Rouges et du Croissant rouge, plus le magnifique hôtel rénové abritant l'OMC, et cela vous donne une idée de l'importance que représentent ces institutions sur le plan mondial. Malheureusement, derrière ces façades impeccables, se passent de drôles de choses bien cachées au

public et à la population genevoise, qui d'ailleurs se distance dans l'indifférence de ce genre d'Etat dans l'Etat et qui coûte plus cher qu'il ne rapporte au canton. Mais que ne supporterait-on pas au nom de la politique, lorsqu'une question de prestige est en jeu! Bref, dans ce quatrième extrait du livre de Jean-Loup Izambert, il faut parler des sommes incroyables détournées dans le monde entier au profit des petits chefs jamais réprimandés. Ainsi dans les bureaux du BIT ou OIT (organisation ou bureau international du travail) à Lusaka en Zambie, le chef Adam Zimbeye a détourné plus de dix camions de matériel de construction en Tanzanie où il construit une superbe villa. Les documents de douane pour

marchandises débarquées dans les aéroports de Lusaka, Chirundi et Livingstone, au nom de l'OIT sont dûment contresignés par les responsables officiels mais tout part dans des endroits privés, et si un rapport est envoyé à Genève, il n'y a jamais de réponse et tout disparaît au fond de tiroirs.

Naturellement, en parallèle des inspecteurs sont désignés pour faire des enquêtes et l'un d'eux s'est aperçu que sur les projets concernant tous les pays, 90% n'atteignaient pas les buts fixés, comme par exemple au Pakistan, l'interdiction d'utiliser des enfants pour le travail ou l'armée. Les rapports négatifs aboutissant à Genève n'intéressent personne. Souvent le rapporteur reçoit sa lettre de dé-

mission ou il est transféré dans un autre service et les projets dont il s'occupe, tombent à l'eau. Voilà où vont les milliards engloutis chaque année par l'ONU. Un autre programme élaboré durant quatre ans par Adel Gromov pour la Zambie concernant les pierres précieuses, qui consistait à les nettoyer, puis les polir au lieu de les vendre 1\$ brutes, a été refusé par les pontes de l'ONU. L'investissement n'était que de 400.000 \$ et les autochtones auraient pu encaisser 10 \$ en améliorant leurs conditions de vie. Abdel Gromov a préféré démissionner pour «des raisons hygiéniques de survie. J'étais fatigué de vivre dans la merde!»

Maria de Seimners

Christoph Blocher – Un faux-pas de plus

Qui ne se souvient pas de ce jour néfaste au cours duquel Christoph Blocher, chef incontesté de l'UDC, laissa brusquement la liberté de vote pour l'adjonction, dans la Constitution fédérale de l'article muselière 261^{bis}, alors que la majorité de son parti et des partis frères, le rejetaient avec véhémence. Le oui passa la rampe de justesse, et aujourd'hui, la population suisse

n'a plus de liberté d'expression et ses médias s'autocensurent en conformité avec le politiquement correct et la pensée unique de l'Union européenne, vassale des Américains pro-israéliens. Hier, lors du congrès de l'UDC à La Chaux-de-Fonds, il a remis ça. Devenu au forceps conseiller fédéral, il a suivi les ordres des pro-européens mondialistes planqués au gouvernement,

pour aller à contre-courant de la majorité des délégués qui décidèrent, malgré lui, de soutenir le référendum des Démocrates Suisses refusant la libre circulation des personnes venant des pays de l'Est. Il agit comme les musulmans incapables de cohésion fraternelle, qui créent constamment un schisme entre sunnites et chiïtes, destabilisant la base qui a besoin d'un chef solide et charismatique. Le charisme de Blocher est en train de disparaître, et la confiance en ses promesses diminue dangereusement. Il ressemblera bientôt à une demi-portion, prenant la place de

Schmid qui se pavanne maintenant en tant que président de la Confédération. Pourquoi n'a-t-il pas suivi la majorité des membres de son parti qui a décidé de soutenir ce référendum en refusant tout commentaire? Il a bien su le faire auparavant.

A force de trahir la confiance de ceux qui l'ont élu, il risque bien d'être éjecté lors de la prochaine législature comme le fut Ruth Metzler.

Maria de Seimners

En parcourant la presse

Droit de manifester

Michel Dolivo s'est cru obligé, pour convaincre les cancre que nous sommes parce que nous refusons les manifs qui dégénèrent, d'écrire un livre sur ce sujet «passionnant» et passionné. Il s'agit pour lui de laisser la liberté totale de manifester où, comment et quand cela convient aux protestataires. Ainsi, concernant la manifestation prévue à Berne contre le WEF, le 22 janvier, il promet un défilé pacifique, avec possibilité d'être masqué, alors que l'exécutif bernois exige une manif calme de deux heures sur la place fédérale sans cagoules. Je voudrais rappeler aux organisateurs que leurs promesses ne convainquent personne au vu des dégâts causés auparavant et qu'une maladie de violence se soigne non pas après les ravages mais avant que ceux-ci aient eu lieu. Or Berne réagit aujourd'hui comme un chat échaudé. D'autre part, il devrait être légalement admis de facturer aux organisateurs de telles manifestations, les frais collatéraux causés par leurs membres y compris ceux causés par des individus étrangers à leur groupe. Si ces derniers se cachent derrière des cagoules c'est de prime abord pour échapper à toute responsabilité pour des actes violents qu'ils s'ap-

prêtent à commettre, donc la police devrait avoir le droit de les arrêter de suite. C'est un comble, sachant ce qui va arriver, de laisser faire et d'attendre que de paisibles commerçants se fassent vandaliser, volers et brûler, puis doivent procéder aux chamailleries et multiples demandes de dédommagement avant d'être remboursés avec NOS impôts.

Ce n'est pas une raison parce que nos prisons sont pleines qu'il faille laisser en liberté des fauteurs récidivistes.

Libre circulation

Ce thème va faire couler encore beaucoup d'encre. Mais ce qui est paradoxal c'est l'attitude des patrons qui planifient de contourner les contrôles de salaires payés aux ressortissants de l'Est européens pour augmenter leurs bénéfices et de ce fait préconisent un oui à la libre circulation, alors que la gauche s'allie au refus des Démocrates suisses considérés comme ayant des membres du patronat. Bien sûr, on invoque des raisons différentes, mais admettons quand même que le nœud du problème c'est l'afflux d'étrangers, les uns invoquant l'impossibilité de contourner le dumping salarial, les autres, la concurrence déloyale vis-à-vis des travailleurs autochtones, ce qui revient au même.

Ce que je voudrais ajouter et qui est passé sous silence, ce sont les tziganes sans formation qui seront les premiers à envahir notre pays sous prétexte de chercher du travail, mais qui s'agglutineront dans des bidons villes comme en France et subsisteront à leurs besoins par le vol sous toutes ses formes, outre le manque d'hygiène et la dégrada-

tion de l'environnement. Je connais beaucoup de ces gens en Moldavie, Pologne et Hongrie qui ne cachent pas leurs revendications basées sur l'aide sociale, la compassion et la mendicité.

L'UE – maitresse d'école

Bruxelles demande aux Pays-Bas de la rigueur budgétaire (sans mentionner la production d'ecstasy qui rapporte 65 milliards de \$ par an à la Hollande). Où va cet argent? La même commission demande à la Tchéquie une réforme de ses régimes de retraite et de santé, ce qu'elle aurait dû faire avant l'entrée de cette république dans l'UE. Le Luxembourg n'échappe pas aux réprimandes. L'UE lui demande de mieux contrôler ses dépenses (et que fait-elle de son secret bancaire?). Bref, Bruxelles s'érige en maitresse d'école partielle, car concernant ses propres manquements, dépenses somptuaires et un trop plein de personnel, elle n'y regarde pas de si près. Si d'autre part, elle félicite l'Autriche et la Suède, elle évite de pointer du doigt la France, l'Allemagne et l'Italie qui s'amuse à jouer au yo-yo financier et boursier pour cacher leur impéritie budgétaire.

Octopus



DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

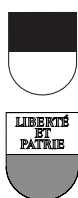
Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Section Fribourg et Vaud



Tous les derniers
vendredi du mois au
Café du Vélodrome,
à Lausanne,
dès 19 h 30

Migrants toutes catégories

On parle de 5600 personnes sans papiers à Genève, et de 1500 requérants d'asile enfermés à Frambois près de l'aéroport pendant neuf mois avant leur rapatriement. Il y a vraiment lieu de se poser des questions.

Lorsqu'on sait que 44'000 travailleurs frontaliers viennent chaque jour à Genève, pourquoi ne pas chercher des solutions plus avantageuses à notre portée? Je m'explique sur les 1500 réfugiés clandestins de Frambois, 15 ont accepté de rentrer chez eux, plus de 300 ont refusé, se sont débattus lors de l'embarquement, ou sont revenus presque immédiatement. Quelques uns ont réussi à sortir avant les neuf mois réglementaires sous prétexte d'émancipation en faveur d'une recherche de travail, sans aucune aide matérielle, ni domicile. Les autres bien au chaud, nourris, logés blanchis, sont comme à l'hôtel et coûtent à la société plus de 200 francs par jour! Ce qui fait environ 70'000 francs par séjour. En comparaison avec leurs conditions de subsistance en Afrique et autres îles perdues, ils sont au paradis, et quelques récidivistes reviennent jusqu'à 6 fois et avouent vouloir continuer leur manège tant que nous n'aurons pas changé notre manière de faire. Est-il donc impossible vu cette situation paradoxale sur le marché du travail en Suisse et particulièrement à Genève, d'obliger ces demandeurs d'asile économiques à travailler dès

leur arrivée pour payer leur entretien au lieu de les enfermer? Il y a tant de déchets à ramasser dans la nature, tant de saletés à nettoyer dans nos rues, tant d'aide humanitaire insatisfaisante par manque de personnel, et aujourd'hui tant de travail pour débayer la neige partout, qu'il est aberrant de voir ces forces saines inutilement entretenues à nos frais, dans un dolce farniente.

Pour en revenir aux 5600 clandestins qui beaucoup travaillent comme aides ménagères, jardiniers ou dans des EMS, pourquoi ne pas leur octroyer un permis? Ces gens qui nous rendent service vivent ici avec la peur au ventre. Mais avant tout, pour éviter un afflux de Sud américains qui font partie du troisième cercle, il y aurait lieu de demander à nos ambassades, de ne pas leur délivrer de visa pour la Suisse avec seulement l'assurance d'un petit pécule à la clé, comme me l'ont assuré des ressortissants de Bolivie, du Pérou ou du Salvador.

Il ne faut donc pas s'étonner que l'arrivée de migrants de toutes sortes est programmée grâce à la réputation de stupidité incommensurable des édiles que nous élisons année après année, au lieu d'engager des spécialistes économiques dûment formés. Cependant avec les nouvelles propositions de Merz, à la réputation de financier capable, où trouver l'oiseau rare?

Mary Meissner, Vernier

Les juifs remettent ça

Israël Singer jette à nouveau un pavé dans la mare. Il profite du regain d'activités liées au souvenir des 60 ans d'Auschwitz pour insulter notre pays et ses habitants.

Il aurait bien tort de s'en priver après le rapport Bergier qui nous met plus bas que terre. Il donne à Singer tous les arguments négatifs pour nous injurier en traitant la neutralité de crime. Comment devrions-nous traiter Ariel Sharon, son peuple et ses pas de deux concernant les territoires palestiniens? Nous considérons que chaque pays décide lui-même de sa constitution et notre neutralité a bien servi lors de conflits internationaux qui avaient au moins un endroit au monde pour recevoir les belligérants en veine d'explications. La souveraineté de la Suisse qui a atteint ses 750 ans sans conflits avec ses voi-

sins aurait-elle dû capituler devant les violences internationales «pour faire comme tout le monde?». Nos banques n'ont-elles pas assez payé la dime de Shylock? Peut-être que ce monsieur trouve que la Suisse isolée n'est pas assez antisémite comme ses voisins unis dans un consortium chaotique?

Notre neutralité religieuse dérange-t-elle Israël Singer à ce point qu'il veuille à tout prix avoir l'excuse de nous soutirer plus de fric et boire notre sang? Cela ressemble à de la jalousie pure parce que rien n'a été détruit chez nous et aucun Suisse n'est mort dans un camp de concentration?

J'ose vous dire, monsieur, que jusqu'à présent vous et vos pairs m'étiez indifférents, maintenant je vous déteste.

Marie Morel

Le Piloni

Bravo Schengen

Concernant la libre circulation des retraités et des étudiants, nos autorités ne disent rien au fait que dans ces fameuses bilatérales (mon œil!), le blablabla sur la libre (hein!) circulation de ces deux catégories d'individus, rien n'a changé. Toutes les mesures non-restrictives ne fonctionnent pas. La Suisse est-elle assez bête pour ne pas appliquer la réciprocité?

Airbus 380

Tout le monde se pâme devant cette performance extraordinaire et les médias ne trouvent pas assez de superlatifs pour porter au pinacle des réalisations humaines, cet avion géant. Qui pense en parallèle à la belle omelette géante (pardon de la comparaison!) en cas de catastrophe?

Cela ressemblera à un tremblement de terre avec ou sans tsunami.

Attaque terroriste a Aceh

Où iront les milliards envoyés pour la reconstruction des dégâts causés par le tsunami? à la reconstruction des ruines causées par les attaques terroristes? Déjà au Sri Lanka des voix chrétiennes s'élèvent pour demander une protection contre les vols et ravages causés par les Tigres Tamouls, et qu'en est-il des luttes qui ensanglantent depuis des années l'Indonésie?

Mère à 67 ans

Si ce «miracle» roumain permet aux faiseurs de sorcellerie de s'extasier sur une telle performance, à moi, cela me fait peur. La planète est déjà surpeuplée, et des milliers d'enfants dans le monde sont orphelins, en Roumanie plus qu'ailleurs. Rappelons-nous la politique nataliste de Ceausescu qui obligeait les femmes à procréer? Il y a encore aujourd'hui dans ce pays des institutions pour orphelins qui sont pleines à craquer d'enfants non désirés, abandonnés et rejetés. Ces médecins manquant d'éthique mettent ce pays en danger. Les gens sont pauvres, manquent de travail, sont peu éduqués et ce n'est vraiment pas le moment de jouer avec la vie d'enfants prématurés qui demandent des soins coûteux. L'espérance valait-elle la peine de transgresser tant de tabous? Voilà une raison de plus pour refuser l'entrée de la Roumanie dans l'UE.

FSAD

C'est l'organisme qui procure des femmes de ménage aux personnes âgées. J'ai appris dernièrement que cette fédération suisse envoyait aussi des aides ménagères à des familles de réfugiés. Non seulement ces étrangers vivent dans des appartements superbement meublés et agencés, mais exigeaient, parce que madame avait mal à la hanche, qu'on vienne faire le ménage. (Et le mari se tourne les pouces pendant ce temps!) Malgré un planning strictement limité à des mouvements difficiles, ces gens exigent de la part de ces aides toute une série de nettoyages non prévus, en jouant la comédie. On en revient indirectement aux abus des individus entretenus par l'AI. De plus, ce n'est plus seulement les personnes âgées qui ont le droit à ces aides, mais les jeunes mères. Trois mois à la fin de la grossesse et 4 mois après l'accouchement. Dans ce cas, pourquoi y ajouter les douze semaines de vacances?

Je me souviens que malgré ma césarienne en 1959, je n'ai eu aucune considération de la part des autorités, ni vacances, ni femme de ménage et un mari qui m'aidait du mieux qu'il pouvait.

Les femmes en voulant trop, perdront, comme les ouvriers maintenant, leurs acquis. Qui trop embrasse, mal étreint.

Espionnage israélien aux USA

En 2001 et 2002, les réseaux d'espionnage israéliens étaient en place depuis des années, avant comme après l'accession de Bush fils à la présidence. Ainsi le 15.1.02, après les attentats contre le World Trade Center, 60 Israéliens figuraient parmi les personnes arrêtées par le FBI et qui travaillaient pour le Mossad et le Aman (enseignement militaire). Tous naturalisés américains ou récemment arrivés aux Etats Unis en tant que étudiants. Quel rapport avec l'attentat du 11 septembre?

Parce que plusieurs d'entre eux connaissaient les objectifs qu'Al Qaida allait frapper. Or aucun de ces «amis» n'avaient averti leurs alliés américains. mais en revanche avaient averti leurs concitoyens d'origine juive de ne pas se rendre dans les tours ce 11 septembre. Ce qui explique qu'une moyenne de 3 à 5000 permanents dans les bureaux n'étaient que 1478.

Octopus

Pro Natura kneift!

Ausgerechnet in einer Zeit, da der Schweizer Souverän wieder einmal Gelegenheit bekommen soll, sich an der Urne über die verheerende Politik der Bevölkerungsvermehrung durch massive Einwanderungsbewegungen zu äussern, kneift Pro Natura, eine schweizerische Vereinigung, die sich doch für den Schutz von Natur, Landschaft und Umwelt einsetzen sollte! Als Reaktion auf viele Zuschriften, welche die Redaktion ihres Magazins offenbar erhalten hat, nimmt der Zentralsekretär Otto Sieber im Editorial zur letzten Ausgabe Stellung gegen die oppositionellen Kräfte, die sich gegen die weitere Landschaftszerstörung durch die durch Einwanderung verursachte Übervölkerung der Schweiz stellen. Dafür gebe es «sachliche und politische» Gründe.

Zur Sache vermag er allerdings nur zu schreiben, Pro Natura mache bei den «Friends of the Earth» mit, die sich für eine weltweite nachhaltige Entwicklung einsetze. Immerhin gibt er zu, dass in einem begrenzten Lebensraum keine unbegrenzte Zahl von Menschen le-

ben könne. Ist denn das Schweizer Territorium kein begrenzter Lebensraum? Und sollte ein schweizerischer Verein sich nicht (auch) für die Politik in der Schweiz – vermutlich die einzig mögliche Form von Politik! – einsetzen? Die Übervölkerung sei seit den angeblichen «Ausländerinitiativen» der Siebzigerjahre «verbraucht», was das auch immer heissen mag. Heisst es etwa, dass ein sachliches Argument, das früher schon gebraucht (und vermutlich missverstanden) wurde, nicht erneut ins Feld geführt werden dürfe? Es sei zudem von «Ausländerfeindlichkeit» geprägt, eine Unterstellung! Ist die nachweislich einwanderungsbedingte Steigerung der Einwohnerzahl von 4 Millionen auf 7,5 Millionen etwa ein ökologischer Pappentstiel? Das Problem besteht ja nachweislich nicht erst seit 1990, und zwar ununterbrochen! Zu

grosser ökologischer Fingerabdruck einverstanden, niemand behauptet ja, die Bevölkerungsvermehrung sei das einzige Problem! Aber hat sich Herr Sieber auch schon überlegt, dass ein Migrant, der aus einem Entwicklungsland in die Schweiz einreist, hier den grossen ökologischen Fussabdruck übernimmt? Und dass im Nordteil der Erdkugel wohnende Menschen nicht nur aus Verschwendungssucht, sondern auch aus klimatischen Gründen – wegen des notwendigen solideren Häuserbaus und der Heizungen gegen kalte Winter – einen grösseren ökologischen Fussabdruck brauchen als etwa in Afrika? Und was soll der Hinweis auf eine Prognose, die erst in dreissig Jahren – und auch dann nur möglicherweise! – zutreffen soll und nach Erfahrung eher unwahrscheinlich ist? Man muss doch jetzt handeln!

Zu den politischen Gründen: Ohne Politik ist doch auch kein Landschaftsschutz zu betreiben! Meint Herr Sieber damit etwa parteipolitische Gründe? Wer den Natur-, Landschafts- und Umweltschutz nicht aus der primitiven Parteipolitik heraushält, schwächt ihn. Landschaftsschutz ist Sachpolitik und sollte auch so behandelt werden. «Übervölkerung» schreibt Herr Sieber übrigens immer nur in Anführungszeichen. Wie wäre es, wenn man «Natura» in Pro «Natura» auch in Anführungszeichen setzen würde?

Alles für den Mammon...

ws. Sie alle wollen jedes Jahr Wachstum, immer mehr und noch mehr! Täglich werden neue Produkte und Sachgebiete ins Sortiment aufgenommen. So verschwinden immer mehr Einzelläden und Geschäfte in Städtchen und Ortschaften. Einst schöne und pulsierende «Citys» sind heute leer und tot! Wie aber soll das weiter gehen? Müssen unsere schönen, alten Stadtkerne abgerissen oder total dem Sexgewerbe überlassen werden? Wachstum haben Migros, Coop und andere aber auch durch täglich noch mehr eingewanderte Kunden aus über 138 Nationen und sie rekrutieren ihre Billigarbeiter zumeist aus diesen Einwanderern...

SD gegen Ausverkauf der Heimat

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit grossem Missmut von den Plänen des Bundesrates Kenntnis, die Lex Koller (vormals Lex Friedrich) vollständig aufzuheben und somit den Grundstückverkauf an Personen im Ausland völlig freizugeben. Mit dieser Aufhebung der Gesetzesbestimmungen missachtet die Landesregierung den deutlichen Volksentscheid vom 25. Juni 1995. Damals sind 53 Prozent der Stimmenden dem SD-Referendum gegen die Lockerung der Lex

Friedrich (gegen den «Ausverkauf der Heimat») gefolgt.

Bereits jetzt kündigen die Schweizer Demokraten (SD) schärfsten Widerstand gegen die Aufhebung der Lex Koller an. Niemals werden die SD auch nur einen Teilausverkauf der Heimat zulassen.

*SD-Medienmitteilung vom
28. Januar 2005,*

*Bernhard Hess, Nationalrat und
SD-Zentralsekretär*

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!

Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Haben Sie schon Unterschriften gesammelt für unser Referendum gegen die erweiterte Personenfreizügigkeit und gegen das Schengen/Dublin Abkommen?

Kämpfen Sie mit uns um jede Unterschrift!

Schicken Sie die gefüllten Unterschriftenbogen laufend an uns und bestellen Sie weitere Bogen bei:

**SD, Postfach 8116, 3001 Bern
Fax 031 974 20 11**

Mail: sd-ds@bluewin.ch

Gemeinsam werden wir schaffen! Vielen Dank für Ihr tatkräftiges Sammeln und Ihre tolle Unterstützung – und danke auch für die vielen eingegangenen Spenden.

SD-Geschäftsleitung

Bestelltalon: Referendum Ost-Personenfreizügigkeit



Ich bestelle:

- _____ Unterschriftenbogen Referendum Ost-Personenfreizügigkeit
_____ Unterschriftenbogen Schengen-Referendum
_____ Schweizer Demokrat Nr. 01/2005
_____ Schweizer Demokrat Nr. 02/2005
_____ Kleinplakate für Unterschriftensammelstände

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Talon zurücksenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern, Telefax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch